

T A G E S O R D N U N G

Ö F F E N T L I C H

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir kommen nun zur öffentlichen Tagesordnung und ich darf Sie bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Folgende Stücke gelten wieder als beschlossen. Das ist das Stück Nummer 4) vom Sportamt, Loipe Thal, es ist das Stück Nummer 7) Sonderwohnbauprogramm Münzgrabenstraße/Jauerburggasse, 2. Bauabschnitt, es ist das Stück Nummer 9) Gehsteig und Radweg, es ist das Stück Nummer 14) und 15) das sind die Jahresabschlüsse Wirtschaftsbetriebe. Wir haben die Stücke im Nachtrag 16), 17), 18), 19), Stück Nummer 20), das Stück Nummer 22) mit den Gegenstimmen der FPÖ in Punkt 4, das Stück Nummer 23) und es ist abzusetzen das Stück Nummer 1), die FPÖ hat dieses Stück zurückstellen lassen, Novellierungsentwurf der Dienst- und Gehaltsordnung, sprich unsere Pensionsregelung.

4) A 8-41290/2009-33

Sportamt, Loipe Thal
Nachtragskredit über € 250.000,- in der
AOG 2010

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 41/2008 beschließen:

In der AOG 2010 werden die Fiposse

5.26900.050100 „Sonderanlagen, Loipe Thal“

und

6.26900.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

um je € 250.000,- erhöht.

7) A 8/4-70667/2004

Sonderwohnbauprogramm
Münzgrabenstraße/Jauerburggasse,
2. Bauabschnitt
Andienungsrecht zwischen der Stadt
Graz und der GBG

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 i.d.g.F. LGBl.Nr. 41/2008, beschließen:

Zwischen der Stadt Graz und der GBG Grazer Bau- und Grünlandsicherungsges.m.b.H., Brückenkopfgasse 1/IV, 8020 Graz, wird das einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildende Andienungsrecht vereinbart, wonach sich die Stadt Graz analog zum bereits bestehenden Andienungsrecht verpflichtet, auch dieses Wohnbaugrundstück nach Ablauf von 20 Jahren zu erwerben. Der Kaufpreis wird mit € 467,00/m² vereinbart.

9) A 10/8-48445/2008-24

Abschluss eines Vertrages Stadt Graz –
Graz AG über die Errichtung und
Finanzierung der Gehsteig- und Radweg-
Maßnahmen in Höhe von € 946.800,-

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag:

1. Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der vorliegenden Vereinbarung (Beilage) zwischen der Stadt Graz und der Graz AG wird die Zustimmung erteilt.

3. Die Bedeckung für den Baukostenanteil der Stadt Graz (der Gehsteigbereiche Georgigasse, Schillerstraße/Sparbersbachgasse und Reitschulgasse und des Geh- und Radweges Leonhardstraße) beträgt in Summe € 946.800,- und erfolgt in Höhe von
- € 382.800,- auf dem Deckungsring 10803 „Kleinmaßnahmen“ und
 - € 564.000,- auf dem Deckungsring BD022 „Radverkehrsmaßnahmen“

14) WB-MS-038631/2009-8

Jahresabschluss 2009
Wirtschaftsbetriebe

Der Verwaltungsausschuss für die Wirtschaftsbetriebe stellt den Antrag, der Gemeinderat möge den aus Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehenden Jahresabschluss 2009 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz im Sinne des beiliegenden Berichtes der Firma Steuer-Beratung Gaedke & Partner GmbH. genehmigen.

15) WB-MS-038631/2009-9

Prüfung des Jahresabschlusses 2009,
Äußerung der Stadtsenatreferenten;
Bericht an den Gemeinderat

Gemäß § 18 Abs. 3 des Organisationsstatutes für die Wirtschaftsbetriebe wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat möge dem Prüfbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz seine Zustimmung erteilen.

16) A 8 – 37500/2009-3

Hauptsammlerentlastungskanal
Hortgasse/KW Gössendorf, BA 70
Annahme des Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft für eine Förderung im
Nominale von € 789.879,-

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45b Abs. 2 Zif. 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 41/2008 beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B000130 vom 9.4.2010, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 789.879,- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

17) A 8 – 30319/2009-3

Kanalisation Plattensteig, BA 114
Annahme des Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft für eine Förderung im
Nominale von € 37.680,-

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 2/2008 beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., Wien, Antragsnummer B000132 vom 9.4.2010, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 37.680,- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

18) A 8-32805/2009-3

Kanalisation Skyline Messe, BA 135
Annahme des Förderungsvertrages des
Bundesministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft für eine Förderung im
Nominale von € 4.580,-

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 2/2008 beschließen:

Die Stadt Graz nimmt den Förderungsvertrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Wien, Antragsnummer B000157 vom 9.4.2010, mit dem eine Förderung im vorläufigen Nominale von € 4.580,- gewährt wird, vorbehaltlos an.

Dieser Förderungsvertrag bildet einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses.

19) A 8 – 41290/2009-40

Feuerwehr,
Wechselaufbaufahrzeug bzw.
Kranbegleitfahrzeug,
haushaltsplanmäßige Vorsorge für
€ 495.000,- in der AOG 2010

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008 beschließen:

In der AOG 2010 werden die neuen Fiposse

5.16200.040400	„Fahrzeuge“ mit (Anordnungsbefugnis: FW)	€ 495.000,-
----------------	---	-------------

6.16200.871501	„Kap. Transferz. von Ländern, Landesfonds und -kammern“ (Anordnungsbefugnis: FW) mit	€ 370.000,-
----------------	--	-------------

geschaffen und die Fipos

6.16200.346000	„Investitionsdarlehen von Kredit- Instituten“ um	€ 125.000,-
----------------	---	-------------

erhöht.

20) A 8 – 021515/2006/0079

Grazer Bau- und Grünlandsicherungs-
GesmbH;
P-&-R-Anlagen Fölling und Liebenau;
1. Finanzierungsvertrag 2010
2. Kreditansatzverschiebung über
€ 400.000,- in der OG 2010

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008, beschließen:

1. Der Abschluss eines Finanzierungsvertrages nach dem beiliegenden Muster zwischen der Stadt Graz und der Grazer Bau- und GrünlandsicherungsgesmbH zur Abdeckung der Investitionen im Zusammenhang mit der Errichtung der P-&-R-Anlagen Fölling und Liebenau wird genehmigt.
2. In der OG des Voranschlages 2010 wird die Fipos

1.84900.775000	„Kap. Transferzahlungen an Unter- nehmungen“ um	€ 400.000,-
----------------	--	-------------

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

1.97000.729000 „Sonstige Ausgaben“

um denselben Betrag gekürzt.

22) A 8 – 18780/06-55

Stadtmuseum Graz GmbH;
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967
Umlaufbeschluss

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl. 41/2008, im Sinne des Motivenberichtes beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Stadtmuseum Graz GmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, im Umlaufwege insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses 2009
3. Verwendung des Bilanzergebnisses 2009
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2009

23) A 8 – 004882/2008/0008

Grazer Parkraumservice
Personalbereitstellung GmbH;
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Umlaufbeschluss

Der Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Grazer Parkraumservice Personalbereitstellung GmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüschi, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2009
3. Verwendung des Bilanzergebnisses zum 31.12.2009
4. Entlastung der Geschäftsführung.

Die Tagesordnungspunkte 4), 7), 9), 14), 15), 16), 17), 18), 19), 20) und 23) wurden einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 22) wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Baumann

- | | |
|------------------------------|--|
| 2) A 6 – GZ 019761/2009-0005 | <u>Genehmigung der städtischen</u> |
| A 8 – GZ 000674/2009-44 | <u>Betriebsführung der im Bau befindlichen</u> |
| A 1 – GZ 55/2009-11 | <u>neuen 4-gruppigen Kinderkrippe</u> |
| | <u>Prochaskagasse 17, 8010 Graz</u> |
| | <u>Genehmigung der dafür notwendigen</u> |
| | <u>Personalaufnahmen</u> |

GR. **Baumann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Das Stück 2) wurde von den Abteilungen A 6, A 8 und A 1 eingebracht. Genehmigung der städtischen Betriebsführung der im Bau befindlichen neuen 4-gruppigen Kinderkrippe in der Prochaskagasse. Bericht an den Gemeinderat. Im Zuge der von der Stadt Graz regelmäßig durchgeführten Erhebungen der vorhandenen Betreuungsplätze in

Kinderbetreuungseinrichtungen und bei Tagesmüttern ergibt sich im Grazer Stadtgebiet für Kinderkrippen, das heißt für Kinder von 0 bis 3 Jahren, ein Versorgungsgrad von 20,2 %, Stand: Betreuungsjahr 2009/2010. Für Kinderkrippen fordert die EU Richtlinien eine Bedarfsdeckung von 33 %. Aufgrund dieses Nachholbedarfs hat die Stadt Graz in der Gemeinderatssitzung vom 19. November 2009 Folgendes beschlossen: Die Grazer Bau- und GrünlandsicherungsGmbH wird mit der Realisierung des Neubaus der Kinderkrippe in der Prochaskagasse 17 mit Gesamtprojektkosten in der Höhe von € 2.257.177,- netto beauftragt inklusive der Aufnahme der entsprechend notwendigen Fremdfinanzierung, für die die Stadt Graz zur Optimierung der Konditionen eine Garantie abgegeben wird. Die Grazer Bau- und GrünlandsicherungsGmbH wird den Bau voraussichtlich am 1. September 2010 fertiggestellt haben. Der Betrieb der Krippe soll noch im heurigen Jahr aufgenommen werden (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), um die nur noch bis Ende 2010 geltende erhöhte Förderungssumme des Landes Steiermark lukrieren zu können. Zur Erklärung: Die dieser Förderung zugrunde liegenden Bundesmittel sind bis inklusive 2010 budgetiert, sodass die erhöhte Förderung nur für Einrichtungen, die bis ins Jahr 2010 in Betrieb gehen, zur Verfügung steht. Mit dem Beschluss zum Neubau der Krippe im November 2009 wurde keine Aussage hinsichtlich der künftigen Organisationsform beziehungsweise Betriebsführung der Krippe getroffen. Diese Entscheidung wurde auf einen späteren, auf den heutigen, Zeitpunkt verschoben. Das Amt für Jugend und Familie beabsichtigt, die neue Krippe Prochaskagasse als städtische Einrichtung zu führen. Da es sich bei dieser Einrichtung um eine Neuerrichtung handelt, ist zusätzlicher Personalbedarf erforderlich. Es handelt sich hierbei um acht neue KindergartenpädagogInnen und 12 neue KindergartenbetreuerInnen in unterschiedlichen Beschäftigungsausmaßen. Das kostet natürlich auch einiges an Geld. Bei der städtischen Betriebsführung Prochaskagasse, wenn wir den verbleibenden Aufwand abzüglich der geschätzten Elternbeiträge und der Landesförderung abziehen, ein jährlicher Betrag von 371.756,23 Euro. Diese Situation wurde auch im Rechnungsausschuss und mit dem Stadtrechnungshof diskutiert. Im Endeffekt hat sich herausgestellt, dass eine private Führung aus rein budgetärer Sicht für die Stadt Graz interessant wäre. Doch muss festgehalten werden, dass vor allem in der zweiten Prüfung gesichtet wurde, dass die Gesamtkosten für den Kindergarten nur unweigerlich erhöht sind, wenn der Betrieb städtisch oder privat geführt wird. Das Jugendamt, vielleicht noch einen Überblick zur

Ist-Situation: Die Stadt Graz führt derzeit 13 Krippen selbst, 30 Krippen werden von privaten Trägern im Tarifsysteem geführt, weitere zwei von privaten Trägern außerhalb des Tarifsystems. 25 städtische Gruppen mit 344 Kindern stehen 54 Gruppen mit 745 Kindern bei privaten Trägern gegenüber. Mit September 2010 sollen weitere 12 private Kindergruppen ins Tarifsysteem aufgenommen werden, damit wird sich der Anteil der privaten Träger im Krippenbereich weiter erhöhen.

Zweiter Punkt: Steuerung als Aufgabe der Kommune. Der Gemeinderat der Stadt Graz hat im Jahr 2002 das Grazer Tarifmodell beschlossen, um Eltern bei gleichen Tarifen in vielen Einrichtungen über die Stadt Graz verteilt eine echte Wahlmöglichkeit bei der Inanspruchnahme institutioneller Betreuung ihrer Kinder zu geben. Städtische, private und konfessionelle Träger mit einem einheitlichen Tarifsysteem standen ab dem Betreuungsjahr 2002/2003 den Eltern in weitaus größerer Zahl als bis dahin zur Auswahl. Die finanzielle Gleichstellung der Träger war eine weitere Intention bei der Schaffung des Tarifmodells. Aufgrund des Barcelona-Ziels der EU hat sich die Stadt Graz zu einem höheren Versorgungsgrad bei Krippenplätzen verpflichtet. In der Entwicklung des Tarifmodells seit seiner Realisierung ist nun seit geraumer Zeit zu beobachten, dass dieser Aufholbedarf bei Krippenplätzen über das Tarifmodell finanziert wird, als kostengünstigere Variante im Vergleich zum Ausbau städtischer Betreuungseinrichtungen. Darin begründet sich derzeit das Wachstum im Tarifmodell. Erste Überlegungen wurden daher bereits seitens des Fachamtes getroffen, stärker den Aspekt der Gesamtsteuerung inklusive zentrales Controlling für alle Kinderbetreuungseinrichtungen in der Stadt Graz, städtische und private, in den Vordergrund zu stellen. Aus Sicht des Fachamtes bedarf es einer gesamtstädtischen Steuerung für den Kinderbildungs- und -betreuungsbereich im Hinblick auf Finanzen und Qualität, weil Bildung und Erziehung nicht zur Gänze dem freien Markt überlassen werden sollen. Was die Steuerung des gesamten Angebots an Betreuung betrifft, wurde heuer im Rahmen Neuanmeldungen für Kindergärten und Kinderkrippen ein erster wesentlicher Schritt gemeinsam mit den privaten Trägern gesetzt. Das Fachamt hat als Teil der Grazer Stadtverwaltung aber auch eine öffentliche Verantwortung für den gesamten städtischen und privaten Kinderbildungs- und -betreuungsbereich. Dem Amt für Jugend und Familie der Stadt Graz wird auch von Grazer Eltern und Institutionen die Hauptverantwortung für die Kinderbildungs- und für den Kinderbetreuungsbereich zugeschrieben. Tatsächlich kann aber die Stadt Graz diese Verantwortung nur im

städtischen Bereich wahrnehmen. Dass Steuerung des Kinderbildungs- und -betreuungsbereiches eine wichtige Aufgabe des Amtes für Jugend und Familie darstellt, ist in der Vision des Amtes festgeschrieben. Die städtischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen arbeiten anhand nationaler Bildungspläne, sie sind führend in der Qualität der Kindertagesbetreuung und damit marktbestimmend. Weiters führt das Amt auch noch Qualitätskriterien bei städtischer Führung an, das lässt jetzt die Zeit nicht mehr zu. Ein kurzer Hinweis noch auf die Kinderkrippe, auf die Betriebsführung der Krippe in der Schönbrunnngasse: Für die Betriebsführung der Krippe Schönbrunnngasse, deren...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Baumann:** Ich lese gerade das Stück vor, das vom Fachamt aufbereitet wurde und da nimmt das Fachamt auch Stellung zur Schönbrunnngasse, deren Neubau ebenfalls in der Gemeinderatssitzung vom 19. November 2009 beschlossen wurde. Ist dahingehend kein Organbeschluss notwendig, da es sich bei der Krippe in der Schönbrunnngasse bereits um eine bestehende und städtisch geführte Krippe handelt. Ich stelle daher im Namen des gesamten Ausschusses für Kinder und Familie, den Familien-Kinder-Ausschuss den Antrag, die im Neubau befindliche Krippe Prochaskagasse wird städtisch geführt. Für die Führung der neuen Kinderkrippe Prochaskagasse wird mit Betriebsbeginn das notwendige Personal von 8 PädagogInnen und 12 BetreuerInnen neu aufgenommen. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Kinder, Jugend, Familie und Sport, des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses und des Ausschusses für Verfassung, Personal, Organisation, EDV, Katastrophenschutz und Feuerwehr den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die im Neubau befindliche Krippe Prochaskagasse wird städtisch geführt.
2. Für die Führung der neuen Kinderkrippe Prochaskagasse wird mit Betriebsbeginn das notwendige Personal von 8 PädagogInnen und 12 BetreuerInnen neu aufgenommen.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier nicht um die Inhaltführung von Kindergarten und Kinderkrippe, die ist fachlich eh schon vorher entschieden worden und trägt auch die Unterstützung des BZÖ. Hier geht es wie der Betrieb, Betonung auf wie, wie der Betrieb geführt wird und hier gibt es zwei Alternativen, entweder mit städtischem Personal oder mit Personal aus anderen Institutionen, die sich Gott sei Dank in den letzten Jahren und Jahrzehnten organisiert entwickelt haben und wo gleichfalls, wie im städtischen Magistrat, Personal zur Verfügung steht, das eine entsprechend qualifizierte Ausbildung in Österreich absolviert, aufweisen kann und die sozusagen mit gleicher Kompetenz diese Aufgabe auch bereit sind zu übernehmen. Und wenn ich hier dieses Stück lese und allein merke, wie hier nachjustiert worden ist, wie man hier versucht hat, die Differenz zwischen privatem Anbieter und öffentlichem Anbieter, sprich Stadt Graz, zu minimieren, indem man auch einen großen Anteil der Beschäftigten als Teilzeitbeschäftigte dargestellt hat, indem ganze sechs Personen als Vollzeitkräfte geführt werden, zwei Diplomierte, vier BetreuerInnen und sechs Diplomierte und acht BetreuerInnen im Status eines Teilzeitbeschäftigten, dann frage ich mich, inwieweit das wirklich realitätsnah ist. Es mag schon Personen geben, die 65 % tätig sind, aber in den meisten Fällen, wer sich im Personalwesen auskennt, wird es auch meist ungern gemacht. Wenn ich hier aber lese, dass selbst die Trickserei so weit geht, dass man hier 87,5-%ige Beschäftigungsausmaß bei den PädagogInnen ansetzt, dann glaube ich, dass hier wirklich eine Chimäre dargestellt wird, dass hier wirklich nicht die Realität abgebildet wird, weil so schnell können wir gar nicht schauen, als Gemeinderäte hier in Graz, bis die Gewerkschaft darüberfährt, und aus den 87,5-%igen Beschäftigten 100 macht und dann schaut die Differenz nämlich wieder anders aus, dann wird die Differenz zwischen öffentlichem Anbieter, sprich Stadt Graz, und privatem Anbieter größer sein, die allein in diesem Stück als

Unterschied, als Differenz jährlich ausgewiesen wird mit knapp 150.000 Euro. Das ist eine stolze Summe, die jährlich für einen einzigen Kindergarten mit Kinderkrippe sozusagen mehr aufgewendet wird, ohne dass eine Mehrleistung erzielt wird. Es ist kein Problem, vorher dies zu diskutieren vor einem Projekt, was wir aber wirklich an Leistungen haben, das gilt für ein Bauprojekt genauso wie hier für eine frühpädagogische Einrichtung. Aber wenn einmal der Leistungskatalog steht, was man möchte, welche Leistungen angeboten werden sollen, in welchen Zeiten, und ich habe hier unterschiedliche Anbieter städtisch oder privat, die Gleiches leisten können, dann ist man ja wirklich kaufmännisch am Holzfuß als Entscheidungsträger, wenn man sich hier für das teurere Angebot entscheidet und keine zusätzliche Leistung erzielt. Ich denke, dass hier wirklich mit dieser Entscheidung, dass das wirklich ein Beispiel ist, dass wir hier in Graz wirklich auf dem Weg sind, den, früher hätte man gesagt, den Weg nach Palermo zu wählen, nein, ich sage hier ganz offen, hier ist der Weg beschritten, hier ist der Anlassfall gegeben, wo man hier wirklich den griechischen Weg der Tragödie einschlägt. Und ich denke, in diesem Zusammenhang darf man dem Kollegen Baumann durchaus zur Erkenntnis Recht geben, der gesagt hat, private Führung wäre interessant, ja, Kollege Baumann, die private Führung ist interessant und deswegen wird dieses Stück seitens des BZÖ nicht unsere Unterstützung finden. Danke.

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als KPÖ stimmen wir sehr erfreut dem vorliegenden Stück zu, nicht nur deshalb, weil einfach ein Nachholbedarf bei Kinderbetreuungseinrichtungen gegeben ist, sondern vor allem deshalb, weil es ein städtisch geführter Betrieb sein wird. Und ich finde das sehr von Vorteil, wenn man sich die verschiedenen Kriterien überlegt, die auch vom Amt schon angeschnitten worden sind, die mit einer städtischen Kinderbetreuungseinrichtung in Verbindung stehen, nämlich Qualitätsstandards, Qualitätssicherung auf einem sehr hohen Niveau, das wichtig ist, dass Kinderbildung und Betreuung den Stellenwert haben soll, den wir uns irgendwie auch wünschen und vorstellen und das ist für mich mit einem qualifiziert ausgebildeten Personal absicherbar und mit einer ständigen Qualifizierung, die dann auch damit in Verbindung steht, und was für mich auch ein ganz wesentliches Kriterium ist, ist auch

eine Arbeitsplatzsicherheit. Und deshalb werden wir auch perspektivisch jeder neuen Kinderbetreuungseinrichtung, die in der Stadt auch noch umgesetzt werden muss, immer bevorzugt als städtischen Betrieb auch befürworten, denn wir wissen, dass Leistungskriterien, Effizienzkriterien, die immer in den Vordergrund gestellt werden, weil etwas billiger ist, ist für mich gar keine Garantie gegeben, dass also die anderen Faktoren da auch wirklich irgendwie Mitberücksichtigung finden und deshalb werden wir auch auf Perspektive in diese Richtung immer wieder dafür plädieren zum Wohl unserer Kinder. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Benedik:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben deswegen der Genehmigung der städtischen Betriebsführung der in Bau befindlichen viergruppigen Kinderkrippe in der Prochaskagasse zugestimmt, weil wenn wir es privat vergeben hätten, hätte es zu lange gedauert und wir wollten diesen Zeitplan einhalten, deswegen haben wir zugestimmt, dass diese viergruppige Kinderkrippe städtisch vergeben wird. Ich möchte dazu nur kurz anmerken, dass das für uns Freiheitliche aber kein Freibrief ist für die Städtischen in Zukunft. Ich möchte vielleicht noch kurz zu den Qualitätsstandards und zu den Qualitätsmerkmalen, die die Kollegin Taberhofer angemerkt hat, noch etwas sagen. Und zwar, ich kann mir nicht vorstellen, dass in Graz von 13 Kinderkrippen, die städtisch geführt werden, und 30 Kinderkrippen, die privat geführt werden, dass diese 30 Kinderkrippen derart schlecht geführt sind, wie man sie auch vom Gemeinderat Baumann eben hört und auch vom Amt für Jugend und Familie, das kann ich mir nicht vorstellen, weil das wäre ja überhaupt eine Schlechterstellung für diese Kindergärten, die eben privat geführt werden. Und daher fordere ich schon seit einigen Monaten eben Kontrollen in diesen Kindergärten, und wenn man ein Regelwerk hat, kann es gar nicht sein, dass Kinderkrippen einfach schlechter geführt werden. Und, wie gesagt, ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass nur die 13 städtischen gut geführt werden und die anderen eben nicht, weil es eben Regelwerke gibt, und es muss Standards geben (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Selbstverständlich wird auch die ÖVP-Fraktion sehr gerne diesem Stück zustimmen, weil wir uns freuen, dass es wieder gute qualitätsvolle Betreuungsplätze für unsere Kleinsten gibt als ergänzendes Angebot. Aber ich möchte da auch der Kollegin Benedik Recht geben, dass es nicht die großen Qualitätsunterschiede gibt zwischen privaten und städtischen Einrichtungen, wir haben vom Landesgesetzgeber her sehr klar vorgegebene Qualitätskriterien, auch was Mindestausstattung mit Personal und Raumangebot betrifft und die Qualifizierung der MitarbeiterInnen und wir werden weiter daran arbeiten, das Angebot auszubauen, nicht nur im Krippenbereich, auch im Tageselternbereich und selbstverständlich auch den Eltern, die ihre Kleinsten selbst betreuen wollen, unter die Arme greifen, dass auch das möglich ist, vor allem vor dem dritten Geburtstag der Kinder, aber im gegenständlichen Fall haben wir die Unterlagen des Fachamtes genau geprüft und sind überzeugt davon, dass das jetzt die richtige Betriebsform ist und freuen uns, dass im Herbst rechtzeitig die Tore sich öffnen werden für junge Familien, um ihnen Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, dass das zustande gekommen ist, ich denke mir, das ist auch genau diese soziale Verantwortung, die eine Kommune ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gegenüber hat. Der Herr Kollege Baumann hat schon sehr viel ausgeführt und für mich ist es die Bestätigung, dass sich die Eltern, die ihre Kinder bereits angemeldet haben, darauf verlassen können, dass ihre Kinder auch mit Beginn des Kindergartenjahres in eine Kinderkrippe kommen, Gerhard, und das ist nicht immer alles besser, was privat angeboten wird und bei Qualität immer das Geld in den Vordergrund zu stellen, gerade bei Kindern, die keine Lobby haben, ist der falsche Ansatz (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Edlinger**: Mir ist es nur ein Anliegen, weil hier in den Raum gestellt wurde, dass getrickst worden wäre bei der Darstellung von Kosten etc. und Sie, Herr Kollege Mariacher, haben 87,5 % Anstellungsausmaß in den Mund genommen, ich meine, es

ist zwar nicht mein Amt, nur Tatsache ist, das muss, denke ich schon, richtiggestellt werden, dass das keine jetzt auf diese Einrichtung zugeschnittene Berechnung war, sondern dass es Usus ist quer durch den gesamten Kinderbetreuungsbereich. Ich hätte es ja noch verstanden, wenn Sie gesagt hätten, die Frauen, die dort arbeiten, wünschen sich Vollzeitarbeitsplätze und eben nicht 87,5 oder 60 % und es geht natürlich zurück auf die vorgegebenen, nämlich vom Land auch vorgegebenen Betreuungsschlüssel und wo ganz dezidiert dann festgelegt ist, für welche Gruppengröße auch in welchem Ausmaß dann die Betreuung zur Verfügung stehen soll. Also hier von Trickserei zu reden, halte ich einfach wirklich für einen sehr, sehr falschen Vorwurf und vor allem der ist nicht gerechtfertigt (*Applaus SPÖ und Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 15.05 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatterin: GRin. Mag.^a Grabe

3) A 8/4 – 5792/2010-1
A 8 – 31808/2006-3

„Asset One“ Reininghausgründe –
Grundsatzbeschluss

GRin. Mag.^a **Grabe**: Bei diesem Stück geht es schon, wie erwähnt, um das Projekt Asset One. Herr Grosz, könnten Sie vielleicht, Herr Grosz, ich glaube nicht, dass Sie am Wort sind, könnten Sie vielleicht zumindest so leise reden, dass es hier vorne nicht stört. Das wäre freundlich.

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

GRin. Mag.^a **Grabe**: Ich möchte Sie einfach nicht hören, das ist das (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Grosz: Dann müssen Sie aber Ihr Gemeinderatsmandat zurücklegen.

GRin. Mag.^a **Grabe**: Also ich beginne mit der Vorstellung des Stücks, es geht um das Stück Asset One Reininghausgründe, die Vorgeschichte ist allen Beteiligten hier, denke ich, ja bekannt. Asset One hat ein großes Areal gekauft, wo unter anderem die Reininghausgründe Bestandteil sind. Sie haben eine Machbarkeitsstudie für die Entwicklung dieses Areals entwickelt in Kooperation mit der Stadt Graz und auch Entwicklungskonzepte und es war immer die Frage auf der einen Seite, es ist eine große Stadt, entwicklungsmäßige Chance für die Stadt, es ist allerdings auch eine Frage natürlich der Finanzierbarkeit dieser Dinge. Wie bekannt, hat Asset One auf Grund der Wirtschaftskrise und eigener wirtschaftlicher Probleme sich nicht mehr in der Lage gesehen, diese Entwicklung selber durchzuführen und so ist die Frage an die Stadt herangetragen worden, ob die Stadt das übernimmt. Wie wir auch alle wissen, hat es im Gemeinderat bereits einen einstimmigen Beschluss gegeben zum Rahmenplan, dass in diese Richtung weiter konkrete Vorbereitungen gemacht werden und jetzt geht es darum, einen Grundsatzbeschluss zu diskutieren und zu fassen, ob die Stadt Graz weitere konkrete Verhandlungen in dieser Sache aufnehmen soll. Konkret inhaltlich ist es bekannt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), es geht um dieses Areal Reininghaus, das aus der Asset-One-Gesellschaft herausgelöst wird, um die Entwicklung dieses Gebiets mit Wohngebietsflächen, mit Gewerbetriebsflächen, die für Innovativwirtschaft zu nutzen sind, und im Rahmen der Kriterien Ökostadt Reininghaus, die ebenfalls bereits im Gemeinderat beschlossen worden sind. Klar ist auch, dass wenn dieser Beschluss gefasst wird und es zu einer Entwicklung kommt, dass es auch Infrastrukturmaßnahmen bedarf, von Verkehrsinfrastruktur bis hin zu Kinderbetreuungseinrichtungen usw., die aus dem normalen Budget keine Deckung finden können, sondern in dem Konzept so gedacht sind, dass es einerseits aus

Aufwertungsgewinnen aus diesem Areal zustande kommt, andererseits durch eine noch zu verhandelnde Beteiligung etwaiger Bauträger, drittens durch den zu erwartenden Bevölkerungszuwachs, der eine Erhöhung des Finanzausgleiches bedeuten würde, und natürlich mit zusätzlichen Mitteln aus dem Budget der Stadt. Aus stadtplanerischer Sicht gibt es sehr positive Rückmeldungen zu dieser Fragestellung Entwicklung in Reininghaus. Die Frage ist eben jetzt noch, sollen die Abteilungen der Stadt Graz beauftragt, werden nach den ersten Vorverhandlungen jetzt konkrete weitere Verhandlungen aufzunehmen und zwar unter folgenden Prämissen: Erstens, Asset One spaltet, wie angesprochen, das Reininghausareal aus dem Rest der Gesellschaft ab auf der Passivseite dieser Gesellschaft verblieben 60 Millionen Bankfinanzierung plus nachrangiges Kapital in der Höhe von wahrscheinlich 25 Millionen Euro, drittens, dieses Modell ist als Maximalrahmen zu sehen und viertens, die Stadt Graz übernimmt für einen symbolischen Kaufpreis von einem Euro diese Projektgesellschaft und fünftens, die Gesellschaft beginnt sofort mit der aktiven Verwertung des Areals und zwar konkret, das etwa ein Drittel rascher Verkauf insbesondere an Wohnbauträger ist, zweitens, das es um die Planung und Errichtung und Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur geht und langfristige Baurechtsvergaben für gewerbliche Interessenten und Interessentinnen. Wie gesagt, als nächster Schritt wären die Verhandlungen, die der Inhalt dieses Grundsatzbeschlusses wären. Zu erwähnen sind jetzt noch zwei Punkte: Bestandteil ist, dass das Wohnbauressort des Landes auf jeden Fall in die Verhandlungen miteinzubeziehen ist, damit es koordiniert abläuft und auch dass Reininghaus dann als prioritäres Entwicklungsareal der Stadt Graz gesehen wird und nicht vier/fünf verschiedene andere Projekte auch noch gestartet werden. Wie Sie wissen, gab es dazu auch einen Prüfbericht des Stadtrechnungshofes, in dem die verschiedenen Varianten beleuchtet worden sind und der im Kontrollausschuss auch ausgiebig besprochen wurde.

Die Berichterstatterin stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 41/2008 den vorliegenden Motivenbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen und die zuständigen städtischen Abteilungen beauftragen, die Verhandlungen mit Asset One und den

anderen potentiell interessierten Parteien (insbesondere Banken, Investoren und Wohnbauträger) und dem Land Steiermark im Sinne der obigen Ausführungen zu finalisieren. Nach positivem Abschluss der Verhandlungen wäre die Transaktion gemeinsam mit dem Business-Plan des Gesamtprojektes abermals dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Liebe Kollegin Grabe, meine Damen und Herren! Ganz konnte ich Ihren Ausführungen ja jetzt nicht folgen, weil das, was wir tatsächlich beschlossen haben alle gemeinsam und einstimmig, das war der Rahmenplan, und dieser Rahmenplan hatte natürlich mit dem, was jetzt hier vorliegt, überhaupt nichts zu tun, der Rahmenplan war doch dazu da, eine Vorschau zu machen, festzulegen, was sich die Stadt vorstellt, welche Entwicklungen auf diesem riesigen Asset-One-Gelände Reininghausgründe sinnvoll wäre und notwendig wäre aus unserer Sicht, das war der Rahmenplan und dem haben wir auch zugestimmt, weil wir gedacht haben und noch immer glauben und der Meinung sind, dass hier eine gute Arbeit vorbereitet wurde. Das, was hier vorliegt, ist vor allem in der Begründung so eindeutig, dass ein weiterer Beschluss, wie er im Antrag hier vorgesehen ist, nämlich, dass es Verhandlungen auf dieser Basis, wie es hier beschrieben wird, geführt werden sollen, ja gerade absurd ist. Wie kann man auf die Idee kommen, eine Riesenliegenschaft zu erwerben, bei der sich private Investoren über Jahre und Jahrzehnte, weil die Reininghauszeit davor kann man getrost dazurechnen, bemüht haben eine sinnvolle Verwertung zustande zu bringen, die ihnen nicht gelungen ist und dann stellt man sich hin und behauptet und glaubt vielleicht sogar allen Ernstes, dass die Stadt Graz als öffentliche Gebietskörperschaft das schaffen wird, was die Privaten über Jahre und Jahrzehnte nicht zustande gebracht haben. Und dann stellt man sich noch blauäugig, ich meine nicht Sie, sondern den Stadtsenatsreferenten, der dieses Stück zu verantworten hat, da stellt man sich noch blauäugig hin und behauptet, man könnte damit sogar noch einen Vorteil, einen Ertrag für die Stadt erwirtschaften. Allen Ernstes wird mit einem Return und Investment von 40 bis 50 Jahren gerechnet, also jetzt möchte ich doch gerne einmal wissen, ob irgendwo, ganz gleich ob in der Immobilienwirtschaft, in der Industrie, in einem anderen wirtschaftlichen Bereich, auch im Wirtschaftshandeln der öffentlichen Hand mit einem

Return und Investment von 40 bis 50 Jahren gerechnet wird und dann schreibt man noch so halblustig dazu, allerdings weiß man nicht ganz genau, wie die Faktoren sind, es kann sich schon noch alles ändern und verändern. Die Refinanzierung erfolgt ja schließlich langfristig, und das ist doch in Wirklichkeit nichts anderes als eine Pflanzerei, das kann man doch nicht der Öffentlichkeit, den Grazerinnen und Grazern einreden wollen, dass man sagt, wir investieren zwar mehr als 100 Millionen, mehr als 150 Millionen, insgesamt vielleicht sogar 160/170 Millionen in ein Projekt und wir rechnen damit, dass wir es in 50 Jahren ausfinanziert haben. Da ist noch von keinem Gewinn die Rede. Und dann glaubt man noch tatsächlich, ich meine, wir alle, ich möchte niemanden zu nahe treten, aber nur genetische Ausnahmefälle werden das erleben in 50 Jahren von den hier Anwesenden im Raum, alle anderen werden es nicht überprüfen können, auch die allermeisten Grazerinnen und Grazer werden sich nicht mehr erinnern, wenn sie vielleicht die Überprüfung durchführen sollten, ob so etwas überhaupt möglich ist. Dann frage man sich, na gut, gibt es einen Zusatznutzen, irgendeinen Zweck, der hier erfüllt werden kann, ja, Wohnbau, wir haben Wohnbaugrundstücke, ja mehr als genug Wohnbaugrundstücke gibt es in Graz, die zur Verfügung stehen würden. Nur der Aufwand, den wir hier treiben wollen, meine Damen und Herren, insbesondere auch von der Grünen Fraktion, bei der ÖVP ist man das ja gewohnt, die bauen gerne Mausoleen, die geben wahnsinnig viel Geld aus, alles auf Schulden, die irgendwann in 10/20/30 Jahren zurückgezahlt werden sollen, aber gerade bei den Grünen, die doch solche Projekte in der Vergangenheit immer und mit großer Regelmäßigkeit und Vehemenz kritisiert haben, da stellt man sich doch die Frage, warum soll nahezu ein Viertel eines Jahresbudgets der Stadt Graz dafür ausgegeben werden, dass wir Immobilienentwicklung betreiben. Jetzt sage ich nicht, dass Immobilienentwicklung in Graz schlecht ist, ganz im Gegenteil, es ist sehr vernünftig, das ist klug, auch die ökologischen Ansätze sind richtig, das ist alles in Ordnung, aber das sollen doch die Privaten machen, die sollen ihr Geld einbringen und riskieren. Hier wird relativ deutlich verschleiert, dass auch das nachrangige Kapital zurückgezahlt werden soll natürlich mit Zinsen, die kumulieren, natürlich das alles muss finanziert werden, das muss aus der Wirtschaftskraft der Stadt einmal zu Erträgen gebracht werden. Meine Damen und Herren, in Zeiten, in denen wir nicht nur in Griechenland und in Kärnten massive europäische Finanzkrisen aus Verschulden der Politik vor uns haben und uns damit auseinandersetzen, sollten wir uns auf solche Risiken in Graz

schlicht und einfach nicht einlassen. Meine Damen und Herren, es ist fahrlässig, was hier als Antrag vorgelegt wird (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Damen und Herren! Das vorliegende Stück hat meiner Meinung nach sehr, sehr viel mit dem Rahmenplan, den wir beschlossen haben, zu tun und auch mit der Ökostadtstudie, die angefertigt wurde in Bezug auf Reininghaus. Denn dadurch, dass wir als Stadt aktiv werden bei diesem Projekt, erhöhen wir die Wahrscheinlichkeit, dass diese Pläne, die sehr ambitioniert sind, umgesetzt werden, um einiges. Ich finde es ist natürlich leichter sich hinzustellen und das Projekt zu kritisieren, die Summe, die hier im Spiel ist, als hoch hinzustellen und dann zu sagen, noch dazu dauert es lange, dass das umgesetzt wird und man kann insofern, wir werden das eh nicht erleben, ob das ein Erfolg wird oder nicht. Also es wurde auch Rom nicht an einem Tag erbaut und auch in Reininghaus wird es nicht geschehen und das ist auch gut so, weil dieser Stadtteil soll sich ja entwickeln, über mehrere Jahre entwickeln und tatsächlich realistisch ist das nur, wenn das eben über einige Zeit hindurch funktioniert, und Graz ist eine wachsende Stadt zum Glück nach wie vor, da können wir uns freuen, es schaut bei uns nicht aus wie in der Obersteiermark, wie es leider in der Obersteiermark ausschaut, da ist die Politik sehr aufgefordert, sich das einmal anzuschauen, die Landespolitik, die macht das meiner Meinung nach seit Jahrzehnten nicht richtig oder in Ostdeutschland, wo das Geld dafür ausgegeben wird, Städte abzureißen, Teile von Städten abzureißen, weil das dann billiger ist. Deswegen, uns freut es sehr, dass wir den weiteren Baustein für dieses Projekt heute beschließen können. Einen weiteren Baustein dafür, ein gutes Zuhause und eine lebenswerte Umgebung für tausende Leute, die dort wohnen werden und in den umliegenden Bezirken, schaffen zu können. Und es ist sehr gescheit, die kommen, in einem konzentrierten Projekt einmal anzusiedeln, ein gutes Angebot dafür zu geben, dass sie dort angesiedelt werden können, statt dies dem angeblich, ich möchte dieses angeblich betonen, so gut funktionierenden Immobilienmarkt in Graz zu überlassen, der, ich meine, wir sind ständig konfrontiert, gerade in diesen Tagen, wo nicht immer Projekte rauskommen, die zur Zufriedenheit aller führen und nicht immer die besten Projekte herauskommen, bis hin dass der

Verwaltungsgerichtshof sehr oft befasst ist auch mit diesen Dingen. Diese Fehler wollen wir hier nicht machen. Eines ist natürlich richtig, das Projekt ist ein Wagnis...

Zwischenruf GRin. Krampfl: Für uns ein zu hohes.

GR. **Schneider:** ...und man wird sich dahinterklemmen müssen, um das gut über die Bühne kriegen zu müssen, leicht wird es nicht sein, um einiges schwerer, als es einfach zu kritisieren und einfach nein zu sagen dazu. Ganz wichtig wird sein, dass wir eine Plattform bilden für dieses Projekt über die ganze Zeit hinweg, aber das muss jetzt geschehen, in den nächsten Jahren, eine Plattform, in der verschiedene Dinge vereint werden. Zum Beispiel ein erstklassiges Management, das es schafft, hier Dinge zu integrieren, viele Dinge zu integrieren, widersprüchliche Interessen zu integrieren und aufzulösen, da müssen wir uns wirklich an First Class orientieren. Weiters wird in dieser Plattform wichtig sein, dass die Politik Hand in Hand zusammenarbeitet auf Bezirksebene, auf Gemeindeebene, wir hier auf Landesebene und darüber hinaus, gelingen wird es nur, wenn es hier echte Kooperation gibt, auch das ist eines der Dinge, die integriert werden müssen. Sehr wichtig wird sein, dass wir die ganzen FachexpertInnen, die es gibt, ArchitektInnen, StadtplanerInnen, GrünraumplanerInnen, auch ExpertInnen für Baumaterial, EnergieexpertInnen hier beteiligen und zwar aktiv als die, die es machen, aber auch als kritische, fachspezifische Öffentlichkeit, um mit ihrer Meinung das Projekt zu begleiten und zwar lokal als auch international, um das zu einem Erfolg werden zu lassen; und eines dürfen wir nicht vergessen, wir müssen die Menschen für dieses Projekt gewinnen und das heißt, ein hohes Maß an Einbindung der Menschen, die im Viertel wohnen werden, ein hohes Maß an Einbindung der Menschen, die dort wohnen, betroffen sein werden von der Veränderung in ihrer Gegenwart. Erfolgreich wird dieses Projekt sein, wenn wir diese Plattform schaffen, wenn wir die Menschen dafür gewinnen, hier mitzutun, da müssen wir uns sehr anstrengen und das wird sich in den nächsten Monaten abspielen, hier einen guten Start für dieses Projekt auch zu schaffen. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, sehr geehrte ZuhörerInnen! Ich darf bei der Gelegenheit das ehemalige Mitglied des Grazer Gemeinderates, Heribert Wind, unter uns begrüßen. Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden diesem Asset-One-Projekt, diesem Etappenbericht, diesem Motivenbericht, dieser Zielsetzung zustimmen und zwar aus einem schlichtweg einfachen Grund, weil wir sehr daran interessiert sind, dass am Höhepunkt einer Wirtschaftskrise, am Höhepunkt einer Krise, wo nicht mehr das geleistete Werk des Werktätigen, sondern die Hedge unsere Wirtschaft, unsere Währungen bestimmen, wir als Stadt Graz es nicht den Hedgefonds überlassen, und nicht den Immobilienhaien überlassen unsere eigene Stadtentwicklung in die Hand zu nehmen. Kollege Riedler dürfte offenbar bereits die Abtrittsrede für seinen Stadtparteitag gehalten haben in der gebotenen Ruhe, aber das passt nicht unbedingt her. Wir stimmen dem zu, weil diese Stadt in einer sehr schwierigen Situation durchaus Risiko nimmt, no risk no fun, Risiko nimmt, um einen Stadtteil auch mit sozialen Aspekten zu entwickeln und daher bin ich auch besonders froh, dass ich heute einen Abänderungsantrag der Gemeinderäte Gerald Grosz, Mag. Gerhard Mariacher und Georg Schröck einbringe zu diesem Stück: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen: Ziel sämtlicher Verhandlungen der Stadt Graz mit den im Motivenbericht angeführten Partnern muss es auch sein, zusätzliche 500 dem sozialen Wohnbau gewidmeten Wohnungen im Rahmen dieses Projektes mit Unterstützung des Landes Steiermarks zu errichten.

Ich halte das für wesentlich, weil seit Jahren wir in Graz, deswegen wundert es mich ja auch, dass die KPÖ nicht da mit dabei ist, seit Jahren in Graz den Zustand des sozialen Wohnbaus beklagen durch zuwenige Wohnungen, durch einen zu hohen Integrationsanteil, durch Gettobildung und, und, und, wir jetzt erstmalig die Chance haben auch als diese Generation von Politikern, erstmalig die Chance haben, uns einen Stadtteil auch so herzurichten, wie wir der Meinung sind, dass das, bestmögliche Zusammenleben sichergestellt werden kann. Und ich glaube daher, dass das was heute der zuständige Stadtsenatsreferent vorgelegt hat, ein weiterer Bericht ist auf dem Weg zu einem guten Ziel. Wir werden sehen, was die nächsten Wochen und Monate bringen, nur es ist vollkommen verantwortungslos, zutiefst verantwortungslos, sich hierherzustellen und in der Situation, in der sich die Stadt befindet, alles abzdrehen, unintellektuell abzuwürgen und hier heraußen sich wie ein Würmchen zu drehen, weil man selbst nicht weiß, welche Argumentation man

dafür findet, nur um dagegen zu sein. In so einer Situation sind Betonschädel und Blockierer, volkstümlich gesagt, mit Verlaub nicht als Beleidigung gemeint, vollkommen fehl am Platz, Kollege Riedler, das dient bestenfalls zur Motivation der eigenen Funktionäre, die nicht einmal mit eurer Stadträtin Hundstrümmerln klaben gehen an der Mur, aber für mehr dient es nicht mehr. Sondern uns geht es ja um etwas anderes und das ist durchaus, hier einen Stadtteil zu entwickeln. Die Verhandlungen mit den Partnern, ich habe mir den Motivenbericht sehr genau durchgelesen, die Verhandlungen mit den Partnern, die vorgesehen sind, werden zeigen, ob dieses Projekt, so wie wir es uns, so wie sich es die Mehrheit des Gemeinderates vorstellt, auch es tatsächlich möglich ist, sicher für die Stadt hier ein erfolgreiches Projekt auf die Reise zu schicken. Das heißt aber nicht, und das sollten wir uns auch nicht erlauben, hier heute, nur weil man halt wenig Sinn für Visionen und Ideen hat, einfach schlichtweg alles abzdrehen und sagen, nein, nein, wir tun so weiter wie bisher, weil es ist eh alles so schön. Das, was wir hier diskutieren, ist ja 30 Jahre Konkursverwaltung, Sozialdemokratie der Stadt Graz, das muss man ja auch einmal bei der Gelegenheit sagen, was eure Stingls und alle hier aufgeführt haben...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das habt ihr in zwei Jahren in Kärnten zusammengebracht.

GR. **Grosz:** ...auch im sozialen Wohnbau, auch in der Integrationsfrage, ihr habt ja diese Stadt hingerichtet, den Konsum, die SPÖ-Stiftung, die BAWAG, es gibt ja keinen Betrieb in dem Land, den ihr nicht hingerichtet habt und beim Insolvenzausgleichsfonds ihn ausgeraubt habt und Steuergelder in die Hand genommen habt, damit ihr eure Doppel- und Dreifachbeschäftigungen weiterhin beschäftigen könnt. Für vertrauenerweckende Anfragen zur Hypo-Alpe-Adria ist der Herr Frühstücksdirektor Eustacchio zu befragen, FPÖ/FPK, nicht das BZÖ, das auch bei der Gelegenheit...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Nein, ihr wart ja nie dabei.

GR. **Grosz**: Also noch einmal, es ist ein gutes Projekt, es ist ein guter Bericht, es sind motivierte politische Referenten, die es wollen, es sind gute Partner vorgesehen und wir werden dieses Projekt begleiten, wir nehmen auch das Risiko, wir schauen es uns an auch, wie sich das Projekt entwickelt. Denn ich bin mir sicher, jeder mit ein wenig logischem Hausverstand wird sofort auf den Notstopp drücken, wenn in irgendeiner Form das nicht so funktionieren sollte, wie es passiert. Das ist ein Zwischenbericht und der lässt hoffen. Ich danke (*Applaus BZÖ*).

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ahnungslosigkeit...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Der Antrag ist ein Zusatzantrag.

StR. Mag. **Eustacchio**: Meine Damen und Herren! Es ist immer wieder schön, wenn uns der Herr Grosz mit seiner Wirtschaftskompetenz überrascht. Danke, Gerald, für die tollen Tipps. Ich bin auch für Kärnten natürlich verantwortlich, also jetzt wissen Sie es, meine Damen und Herren, ich bin, ich war es. Meine Damen und Herren, jetzt kann man sich diesem Thema nähern und sagen, das ist eine spannende Herausforderung, man kann auch sagen, es ist ein Wahnsinn, man nimmt hier Geld auf, das man nicht hat, das man auch nicht verwerten wird können, wir sagen für einen Lisa-Rücker-Tower und für einen Sigi-Nagl-Park ist uns dieses Experiment ein bisschen zu hart. Wir beteiligen uns an einem Unternehmen, wie es so schön steht, mit einem Euro, das klingt jetzt so banal und heißt, aha das kostet uns nichts. Meine Damen und Herren, in diese Gesellschaft, die es noch zu gründen gilt, fließen 60 Millionen Schulden ein, für diese 60 Millionen, no na, wenn wir in der Gesellschaft

drinnen sind, haben wir die Haftung und müssen es auch bezahlen. Aus dem ganzen Stück geht nicht hervor, was bedeutet es an Kosten, was sind an Kosten bis jetzt angewachsen, wie wird die Bank in Zukunft ihre Kosten gedeckt haben wollen, die Zinsen, die anfallen. Weil bis zu dem Zeitpunkt, wo wir irgendetwas verwerten könnten aus dieser Liegenschaft, fallen eben Kosten an und diese Kosten werden natürlich auch schon das Budget der Stadt Graz belasten im Vorfeld. Das heißt, für die nächsten Jahre gibt es eine Kostenbelastung, es gibt einen aktuellen Bericht des Stadtrechnungshofdirektors, der eben ganz genau das anspricht, der ganz genau sagt, der Zeitraum der Entwicklung und Verwertung in dieser Zwischenzeit fallen Zinsen an und Tilgungsbelastungen und er budgetiert, ich darf das zitieren aus dem Bericht, mit zirka 40 Millionen über einen längeren Zeitraum hinweg. Also wenn wir das so, das sind nur die 60 Millionen, damit war es das und dann kriegen wir ein klassisches Grundstück, widmen es um und dann machen wir einen tollen Gewinn, so schaut es ja nicht aus und so ist es auch nicht. Der Zuzug, den sie hier beschrieben haben, Herr Gemeinderat Schneider, wäre schön, wenn er kommt, wir wissen es halt nicht, die Statistik Austria und vor allem das Land Steiermark spricht zirka von 5.000 bis 10.000 Zuwanderern in der nächsten Zeit, in den nächsten Jahren, das hieße, dass alle, die nach Graz kommen, sich dort ansiedeln müssten, dann würde es wahrscheinlich irgendwie funktionieren. Wird auch nicht ganz funktionieren, also das sind schon Zahlenspiele, die da im Raum stehen, aber nicht unbedingt Realismus sind und das ist uns zu gefährlich, um hier dem Ganzen Zustimmung zu geben, einfach auf ein Projekt hin, wo man halt glaubt, man kann sich vielleicht ein Denkmal setzen, dazu sind die Finanzen der Stadt Graz zu schwach, dazu ist das Projekt zu unausgegoren und daher wird auch von uns keine Zustimmung zu diesem Projekt kommen, wiewohl wir wissen, dass das natürlich mit der üblichen Mehrheit Schwarz/Grün ohnehin durchgeht, es ist das falsche investierte Geld für das falsche Projekt, dazu haben wir das Geld nicht, wir müssten es woanders investieren, vor allem in Zeiten des Sparens (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Stück, das die Gemüter erhitzt und das natürlich auch für die Stadt nicht ohne ist. Trotzdem möchte ich jetzt zu Beginn noch einmal mich insofern bedanken, dass dieses Stück schon

drei Monate auf dem Tisch liegt, sodass wir auch die Möglichkeit hatten, uns mit diversen Experten, ob das jetzt von der Baudirektion, ob das von der Finanzdirektion, ob das der Stadtrechnungshof ist, ob das auch der Unterstützer dieses Stücks, der Herr Stadtrat Rüschi, ist, dass wir einfach eine eingehende Diskussion darüber bereits führen konnten. Der Stadtrechnungshofbericht zeigt natürlich einiges auf und das ist auch wirklich toll, dass hier diese Modellrechnung oder diese Zukunftsrechnung aufgestellt wurde, aber Wünsche haben wir viele und auch unsere Fraktion hat zu Beginn, als es sich abgezeichnet hat, dass die Asset One das hier eigentlich nicht weiter betreiben wird, einmal mit dem Gedanken gespielt, es wäre toll, wenn die Stadt dieses Grundstück kaufen könnte und da einfach selber mitmischen kann. Aber man kann natürlich auch Wünsche haben, aber insgesamt muss man das schon von der Gesamtheit der Stadt betrachten und wenn wir die heutigen Rahmenbedingungen, die in der Stadt vorherrschen, uns genauer anschauen, dann muss man an der Machbarkeit dieses Projektes durchaus Zweifel hegen. Der Verschuldungsgrad der Stadt, wir liegen ein bisschen über einer Milliarde Euro, und wir wissen, dass wir auch mit den normalen Projekten, die wir beschlossen haben, wahrscheinlich in den nächsten Jahren über diese Milliarde an Schulden kommen werden. Es gibt immer weniger finanzielle Unterstützung vom Land, vom Bund, nur anzusprechen Bad Eggenberg, wie lange wir gebraucht haben, bis wir Bundesmittel lukrieren konnten, der Finanzausgleich ist eigentlich komplett durcheinander, die Städte und Kommunen bekommen immer mehr Aufgaben zugeschoben, aber die finanziellen Mittel, um diese Aufgaben zu bewältigen, werden immer weniger. Wir selber hier im Gemeinderat haben in den letzten zwei bis drei Jahren große Projekte für die Stadt beschlossen, finanzträchtige Projekte, wenn wir nur jetzt hernehmen, in einem Monat wird die Baustelle eröffnet für die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, sind zig Millionen, die die Stadt auf sich nimmt und wir wissen auch nicht, wie dieses Projekt in der Endabrechnung ausschauen wird, weil bei solch großen Baustellen gibt es immer auch finanzielle Unsicherheiten. Wir haben das Bad Eggenberg zu finanzieren, wo immer noch keine fixen Zusagen zum Teil vom Land und Bund getätigt sind und es der Stadt blühen kann, dass sie hier Ausfälle übernehmen muss. Wenn wir bedenken, wir haben uns vorgenommen, den öffentlichen Verkehrs auszubauen, wir haben jetzt erst im Kontrollausschuss mehrere Kontrollausschüsse bezüglich dem Ankauf von Straßenbahnen, der Erweiterung des öffentlichen Verkehrsnetzes gesprochen und

da sind noch zig Millionen Euro drinnen, die jetzt noch nicht budgetiert sind und wo wir noch nicht wissen, wo wir dieses Geld herbekommen. Die Stadt Graz hat Zuschussbetriebe, wenn ich vorhin das Bad Eggenberg angesprochen habe, wir wissen alle, dass dieses Bad eine Bereicherung für die Stadt und für die Bevölkerung ist, aber dass wir in Zukunft auch auf alle Fälle dort dazu hineininvestieren werden müssen. Nachdem es da gepiepst hat, möchte ich ersuchen um eine Redeverlängerung. Wir haben die Stadt, wenn wir die Diskussionen um die Murkraftwerke uns anschauen, wird unter Umständen auch, was das Murkraftwerk in Graz, wenn wir hier die Infrastrukturmaßnahmen hernehmen, Geld in die Hand genommen werden müssen. Das ist jetzt die eine Seite der Rahmenbedingungen, die man betrachten muss, in der die Stadt sich befindet. Das Zweite ist diese Rechnung, die hier vorgelegt wird auch in diesem Stück. Es ist zu hinterfragen, ob diese Grundstücke auch wirklich von der Stadt, wenn es jetzt von der Asset One nicht möglich war, auch so gewinnbringend veräußert werden kann. Ob die Stadt hier nicht unter Zugzwang kommen wird, dass sie auch hier sozusagen Grundstücke dann durchaus billiger verkaufen wird müssen. Es ist auch fraglich, ob dieser Bewohnerzuzug für die Stadt in diesem Ausmaß stattfinden wird, sodass die Ertragsanteile sich erhöhen werden. Es ist fraglich, ob die Bauzinse in dieser Höhe, wie sie angenommen werden, auch wirklich in die Stadt fließen werden, wir haben viele Gewerbegebiete in der Stadt, wo wir jetzt schon Schwierigkeiten haben, hier Firmen anzusiedeln. Und nicht zuletzt die Zinsbelastung, wo wir auch die Infrastrukturmaßnahmen, also das Geld für Infrastrukturmaßnahmen, das wir in die Hand nehmen müssen, ja mitberücksichtigt wird, ob diese Zinsbelastungen für die Stadt überhaupt tragbar sind, also das alles zusammen bedeutet natürlich sehr, sehr große Risiken und Unsicherheiten, und für uns überwiegen in dieser Abwägung der Pro- und Contrapositionen durchaus die Risiken und unter diesen Umständen kann unsere Fraktion also diesem Projekt jetzt zu dieser Zeit nicht folgen. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe da schnell ein Zitat gefunden. Hindernisse sind jene entsetzlichen Dinge, die wir sehen, wenn wir unsere Augen von unseren Zielen abwenden. Das hat der Ford gesagt, und wenn ich das so

ernst nehme, dann ist mir klar, warum der Wolfgang Riedler nur mehr Hindernisse sieht, weil er keine Ziele ins Auge fasst, er kann natürlich nur Hindernisse und Schwierigkeiten sehen.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Nein, es ist die Visionslosigkeit und der Gestaltungsunwillen der SPÖ in letzter Zeit, ihr habt nur Probleme, ihr seid zu einer Partei geworden, die überhaupt keinen Gestaltungswillen mehr aufbringt und auch noch versucht, alles, was man auch, nämlich sehr vorsichtig, versucht auf Schiene zu bringen, madig zu machen. Ich glaube, es war genau das, was im Kontrollausschuss diskutiert wurde und was nach den Argumentationen der Beamten eben sehr wichtig ist. Das eine ist, es gibt seit langem ein Gelände, das auch von Privaten versucht wird entsprechend zu adaptieren und für ein großes Projekt herzurichten. Das ist Privaten eben nicht gelungen und da gibt es viele Gründe dafür. Der Hauptgrund ist, dass die „Anschubfinanzierung“, unter Anführungszeichen, die Infrastruktur sein muss und dass, wenn wir als Stadt Graz hier in diesen Bereich einsteigen wollen, es darauf ankommt, dass die Infrastruktur, dass dieses Geld auch zur Verfügung gestellt wird. Dass es eben Schulen, dass es Kindergärten, dass es Straßenbahnen gibt, das ist die Voraussetzung dafür, dass dieses Gebiet sich entwickeln kann und warum es sich entwickeln soll, das liegt, glaube ich, schon auf der Hand. Die Stadt Graz ist in den letzten zehn Jahren gewachsen, wie lange nicht davor und es gibt Prognosen bis 2020, die dieses Wachstum prolongiert sehen. Das heißt, wir brauchen einen Wohnbau, wir brauchen ein Viertel, wo auch entsprechend neuer Wohnraum geschaffen werden kann. Das Zweite ist, wir haben in manchen Bezirken, wo natürlich auch von Wohnbaugenossenschaften Flächen schon angekauft wurden, vor allem in den Bezirken Lend, Gries, aber auch in anderen Teilen der Stadt Graz haben wir eine relativ dichte Besiedelung, sodass man eigentlich froh sein müsste, wenn man die eine oder andere Fläche auch gegen eine qualitativ hochwertige Fläche tauschen kann. Das wird aber nur dann gehen, wenn man diese Flächen

selber schafft, dazu muss man Gebiete auch entwickeln und das wird in diesem Projekt und sehr vorsichtig zuerst...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

GR. **Rajakovics:** Der Wolfgang Riedler tut sich schwer zuzuhören...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ich höre genau zu, was du sagst.

GR. **Rajakovics:** ...das liegt daran, weil er eben selber keine Vorstellung hat, wie es weitergehen kann, aber das werden wir sehen, du stehst eh zur Wahl in zwei Wochen. Jedenfalls geht es genau darum, dass man zuerst einen Plan entwirft, wie könnte dieses Gebiet ausschauen, dazu gibt es auch viele Vorarbeiten von Asset One, mit denen ja eng zusammengearbeitet wird, und das ist im Kontrollausschuss sehr gut aufgezeigt worden, und dass man jetzt möglichst versucht, das Risiko zu minimieren, wenn die Stadt Graz sich stärker einbringt und um diese Verhandlungen zu führen und um nichts mehr geht es jetzt in dem Stück, was beschlossen wird. Und dabei schon wieder die Angst zu kriegen, dass zum Schluss irgendwas gelingen könnte, verstehe ich aus Sicht der SPÖ, die sich auf längere Zeit auf die Oppositionsrolle einstellt, verstehe aber grundsätzlich nicht ganz bei all jenen, die auch der Meinung sind, dass eine Stadt, die wächst, auch ein neues Wachstumsgebiet braucht. Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind und damit ich noch mit einem Zitat enden kann: „Wege entstehen dadurch, dass man sie geht“ und ich würde bitten, dass möglichst viele uns dabei begleiten, wir versuchen das Risiko, die Beamtenschaft versucht, das Risiko dabei, das finanzielle, zu minimieren (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist der Zug der Lemminge.

GRin. Mag.^a **Bauer:** Vorab Herr Kollege, die Risikominimierung, und das haben wir auch im Kontrollausschuss diskutiert, schaut wirklich auch so aus, dass die Haftungsübernahme von der Stadt nicht genommen werden soll und wir haben es auch diskutiert, dass diese Nichthaftungsübernahme der Stadt auch teurer kommt, weil ansonsten haben wir immer gesagt, wir müssen die Haftungen übernehmen, damit wir die Kredite unter Anführungszeichen „billiger“ kriegen, hier ist dezidiert auch von der Beamtenschaft gesagt worden...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Das steht ja nicht drinnen.

GRin. Mag.^a **Bauer:** ...dass die Haftung tunlichst nicht übernommen werden soll, um das Risiko nämlich hier teurer zu minimieren. Aber, sehr geehrte KollegInnen, es geht heute hier um einen Stadtteil, und es geht um einen Stadtteil, der für die Stadt wichtig ist und das haben wir auch mit unserer Beschlussfassung, vor allem auch, ich denke, hier mit der einstimmigen Beschlussfassung zum Rahmenplan zum Ausdruck gebracht. Die Frage, die sich hier jetzt stellt: Reicht es aus, die Instrumente, die uns der übergeordnete Gesetzgeber, den Gemeinden, in die Hand genommen hat, nämlich durch Raumordnungsmaßnahmen und Entwicklungsmaßnahmen einen Stadtteil zu entwickeln oder ist es wirklich notwendig, auch Eigentümer zu werden, nämlich in dem Sinne, dass wir auch Rechte und Pflichten hier miteingehen. Es wurde uns hier ein Stück vorgelegt, was klar ist und klar hervorgeht, wir sollen kaufen. Aber es wurde mit dem Stück etwas vorgelegt, das eine Entscheidung darüber sehr, sehr schwierig macht, nämlich dahingehend, dass das Stück für viele ein Bild zeichnet, und ich denke, wenn hier unterschiedlich alle 56 Gemeinderäte und Gemeinderätinnen hier herinnen befragt werden, meint jeder etwas anderes und jeder hat einen anderen Zugang dazu. Was macht es nämlich hier darum auch so

schwierig, wir haben den Prüfbericht im Kontrollausschuss auch diskutiert, es wird mit den Worten beschrieben auch im Prüfbericht und im Stück selber und in den Worten, wir denken, dass vieles oder es wird vieles erhofft, die anderen sprechen von ertragsneutral, das meist gebrauchteste Wort ist verhandelbar, darüber hinaus ist vieles annahmegemäß, sodann wir erwarten, dass alles gut geht oder dass es dementsprechend für die Stadt nicht zu Kalamitäten kommen. Offen ist auch, und das macht auch eine Beschlussfassung hier im Gemeinderat sehr, sehr schwierig, der Beschlusstext heißt, ein positiver Abschluss oder nach einem positiven Abschluss wird der Gemeinderat wieder befasst. Was heißt hier ein positiver Abschluss, heißt das eine Einigung mit Asset One, zu welchen Bedingungen wurde uns nicht gesagt. Was ist mit der Haftungsübernahme, wenn das nicht funktioniert, ist das auch im Paket zum positiven Abschluss drinnen? Was ist mit dem nachhangigen Kapital, mit dem Kredit über 25 Millionen, welche Bedingungen sind daran geknüpft und wer muss es zurückzahlen und welcher Zinssatz? Auf mehrmaliges Nachfragen hier habe ich keine Antwort darauf erhalten. Was ist mit den Zusagen des Landes und hinsichtlich der Wohnbauförderungseinheiten? Ich halte es dringend notwendig, dass Wohnbau vorangetrieben wird in der Stadt, aber dazu bedarf es auch ein paar Dinge, nämlich auch der Zusage der Wohnbauförderungseinheiten und ich würde ganz gerne wissen, ob die Stadt Graz und hier die zuständige Stadträtin Kahr beziehungsweise der Bürgermeister dementsprechend das Interesse beim Land kundgemacht hat und wie es ausschaut, ob die Stadt überhaupt die Wohnbaueinheiten erhält. Wie schaut es aus mit den Kaufzusagen von Wohnbaugenossenschaften, ist das im Paket drinnen mit einem positiven Abschluss, das hier gezeichnet wird oder was ist mit dem Kerngebiet? Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier haben wir eine Vorlage, dass wir nicht wissen, was wir beschließen, es wird ein Bild gezeichnet und jeder versteht etwas anderes und wir wissen auch nicht, es wurde indirekt angesprochen, was hat dieser Stadtteil für Auswirkungen auf das Stadtgefüge. Ich habe mich auch kundig gemacht und diese Frage sehr stadtplanerisch versierten Personen gestellt, welche Auswirkung hat dieser Stadtteil oder diese Entwicklung auf das Stadtgefüge, da war Schweigen, wenn beispielsweise Personen in einem anderen Stadtteil, ein anderer Stadtteil verödet, Gebäude werden leer, was hat es für Auswirkungen, wir wissen es nicht. Es ist auch offen, wie es mit dem Bevölkerungszuwachs weitergehen wird, ja die Stadt, und das sagen alle, wird als Standort und Wohnort attraktiv sein und es wird ein Zuzug

stattfinden. Nur wie schnell er sein wird, ob er tatsächlich so stattfindet, den für die Steiermark, ist auch prognostiziert, Herr Kollege, du hast das auch persönlich gehört, dass die Bevölkerungsanzahl in der Steiermark konstant bleiben wird, also es wird eine Verschiebung geben und das ist für die Regionen in der Steiermark eine große Herausforderung. Wir wissen auch nicht, ob die Verkaufserlöse, so wie sie gezeichnet werden, eintreten werden, wir wissen es auch nicht, also 15 Millionen ist als Aufwertungsergebnis uns dargelegt worden, ist eine Zahl, die genannt wurde, es ist eine Beschlussfassung über Erwartungen, es ist eine Beschlussfassung, die hier heute dargelegt wird über eine Summe von Wahrscheinlichkeiten, die in den nächsten 44 oder 50 Jahren, in etwa im nächsten halben Jahrhundert, eintreten soll. Der Herr Stadtrechnungshofdirektor hat eine Aussage dazu auch getätigt, es muss vieles gut gehen, damit es gut geht, auch das bezeichnet es hier. Sehr geehrte Damen und Herren, der Stadtteil ist wichtig, ich denke, dass hier der Zugang über die Raumordnung und über den Trend der Entwicklung, insbesondere über die Infrastruktur, ein ausreichender ist und dass es nicht notwendig ist, zusätzlich die Eigentümermaßnahme oder das Eigentum hier zusätzlich zu erwerben (*Applaus SPÖ*).

GR. **Wohlfahrt:** Sehr geehrte Damen und Herern! Für uns Grüne war es keine leichte Entscheidung und ist es keine leichte Entscheidung (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Umso wichtiger ist es, dass es genug Zeit zur Diskussion gegeben hat, dass wir die Zeit genutzt haben, sehr viele Experten und Expertinnen befragt haben, um wirklich gut über dieses Stück nachzudenken alle gemeinsam, deswegen auch die lange Vorlaufzeit und die ausführlichen Diskussionen im Kontrollausschuss. Trotz all der Diskussionen, ja, es wird hohe Kosten geben und es ist ein hohes Risiko dabei, nur bei jeder Stadtentwicklung entstehen Kosten, auch wenn wir dort nicht einsteigen als Grundstückseigentümer, entsteht mehr als die Hälfte der Gesamtkosten. Die Kosten für den privatrechtlichen Kauf der Grundstücke sind deutlich geringer als die Kosten der Infrastruktur, die so oder so notwendig sein werden. Das heißt, wir können ja die Nulloption, kein Risiko, gibt es ja gar nicht. Im Stück drinnen sind einige risikominimierende Elemente, wir wissen nicht, ob sie wirklich greifen, aber es sind natürlich ist ein nachrangiges Kapital drinnen, hier ist

noch viel offen, genau deswegen ist es ein Grundsatzbeschluss. Hier ist noch zu klären die zwischenzeitliche Verzinsung, hier ist noch zu klären, was passiert, wenn die Gesellschaft nicht die Erträge erwirtschaftet, all das ist noch offen. Offen ist auch noch, und ich danke der Kollegin Bauer für die Ansprache dazu, die Wohnbauförderungsgeschichte, wenn das Land nicht mit dabei ist, dann wird das nicht funktionieren, dann werden wir es auch nicht machen. Ohne Wohnbauförderungsmittel kann sich dieses Gebiet nicht so entwickeln. Wie gesagt, es ist noch einiges offen, deswegen heute auch kein Beschluss, deswegen nur, wir wollen in diese Richtung weiter nachdenken, diese Details klären und wenn diese Details gut gelöst sind, dann wollen wir auch dieses Projekt starten. Was mir aber aufgefallen ist bei der Rede von Herrn Stadtrat Riedler dazu, dass sich die SP so sehr vom öffentlichen Eigentum verabschiedet, das ist schon interessant (*Applaus Grüne*), was mich wundert ist, was ist die Alternative? Private Investoren, die vielleicht die Gewinne abkassieren und wenn es schief geht, dann sind wir wieder dran, dann kriegen wir das Reininghaus erst wieder zu sanieren, wir können es uns nicht leisten, einen Stadtteil verfallen zu lassen, unter Umständen setzen sich Heuschrecken drauf, rollen die Gewinne, hier gibt's genug Verpflichtungen, wir werden dort öffentliche Gebäude errichten müssen, um die Gewinne den Privaten zu überlassen und das Risiko erst wieder zu nehmen, das kann es wohl nicht sein (*Applaus Grüne*). Dass der Herr Stadtrat sagt, Return und Investment 44 Jahre ist zu lang, na bitte, was soll es, ich rechne das ja gar nicht an sich, ich will den Return und Investment nicht, das ist ein öffentlicher Bereich, da sind öffentliche Finanzen fällig und das müssen wir gemeinsam machen. Wir schaffen dort dauerhafte Werte, die können wir auch dauerhaft finanzieren, ich stelle mich auch nicht heraus und sage, in sieben Jahren wird die Schuld abbezahlt sein, wir werden dauerhaft Schulden haben und das ist auch kein Problem, so lange wir dauerhaft starke öffentliche Hände haben. Es wird genau wie jede Firma ihre Schulden nicht zurückzahlt, werden wir auch die Schulden nicht zurückzahlen, es muss nur Sinn machen, es muss zusammenpassen. Ich glaube nicht, Entschuldigung, es ist nicht das Ziel, dass wir irgendwann schuldenfrei sind, ich habe dieses Ziel explizit nicht, weil wir auch genügend Vermögenswerte haben und unsere Bevölkerung auch die Sparbücher nicht abheben wird. Wir haben ja keine Auslandsverschuldung, so wie manche das mit Griechenland verwechseln, Leute, wir borgen uns das Geld ja bei unseren eigenen Bürgern aus, wie heute auch noch ein Antrag kommen wird. Also das muss

man schon ein wenig trennen und nur hinzuschauen und sagen, wau, eine Milliarde Schulden und wie schnell können wir das zurückzahlen, das kann es nicht sein. Wir brauchen einen verantwortungsbewussten Umgang, wir wollen nicht die Dinge verkaufen, wie es zwischendurch passiert ist, wir wollen keinen Staat, der sich aus allen Bereichen zurückzieht, sondern wir wollen einen starken Staat, der hier sinnvolle Aktionen macht und nicht überall den Privaten das Feld überlässt, davor warne ich zu Recht, aber zu schreien, dass das zu kurz ist der Ertrag, das kann es nicht sein. Leute, in diesen Bereichen ist öffentliche Hand gefordert, diese Verantwortung wollen wir übernehmen, auch wenn damit Risiko verbunden ist (*Applaus ÖVP und Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es muss vieles gut gehen, damit es gut geht, so hat der Rechnungshofdirektor anscheinend gesagt und ich möchte gerne anfügen und wir haben vieles in der Hand, damit es gut geht, das ist meine tiefe Überzeugung, hoher Gemeinderat. Ich möchte mich bei meinen Ausführungen ein bisschen an die Vorschläge vom Rechnungshofdirektor halten, weil es, finde ich, eine gute Einteilung gibt. Er hat im Wesentlichen drei Varianten vorgeschlagen. Die eine Variante, die vorgeschlagene, wir übernehmen Reininghaus und entwickeln: Zweite Variante: wir übernehmen Reininghaus nicht und entwickeln mit den üblichen Raumplanungsinstrumentarien und dritte Variante ist der sogenannte Dornröschenschlaf, wir sagen, es passiert dort draußen nichts und nach 100 Jahren küssen wir Reininghaus alle wach.

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Wir nicht mehr.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich glaube, dass diese drei Varianten tatsächlich diejenigen sind, die zur Auswahl stehen. Das sich für diese erste Variante bin, denke ich, muss ich an dieser Stelle nicht erwähnen, ich wollte übrigens sagen auch dem Kollegen Riedler, ich finde es super, wenn die Aussicht besteht, dass wir das Projekt

innerhalb von 40 Jahren ausfinanzieren, dann finde ich, ist das eine wirtschaftliche Situation, die wir bei fast keiner städtischen Einrichtung haben, wir haben bei Schulen, bei Kinderbetreuungseinrichtungen überhaupt kein Return und Investment, sondern das sind Dinge, die wir finanzieren und wir denken eben, dass der Nutzen stiftet und zum Vorteil der Grazerinnen und Grazer ist und damit eben auch wir unseren Beitrag leisten. Wenn sich das innerhalb von 40, von mir aus auch 50 Jahren lohnt, dann finde ich, ist das eine wunderbare Sache. Besser, als auch wirtschaftlich als viele andere Projekte. Ich glaube deshalb und bin ich bei der zweiten Variante vom Rechnungshofdirektor, der sagt, man kann das auch entwickeln, jedenfalls als Variante mit den traditionellen Raumplanungsinstrumentarien und wir gehen nicht das Risiko von Verschuldung ein. Ich bin überzeugt, dass das nicht gelingt. Ich bin ganz einfach überzeugt, dass es nicht gelingt, ich habe mich sehr intensiv mit Stadtplanung befasst, war auch fünf Jahre politisch verantwortlich und mein Kurzresümee ist, wir können mit dem Raumplanungsinstrumentarium unerwünschte Entwicklungen verhindern. Aber wir können viel zu wenig gestalten, wir können vielleicht eine bestimmte Höhe verhindern, aber wir haben in der Flächenwidmung, etwa in der Flächennutzung, etwa ganz, ganz grobe Kriterien wie Kerngebiet, was weit in dem Kerngebiet stattfinden soll, können wir definitiv nicht bestimmen, wir haben auch beim Bebauungsplan wenig zu bestimmen.

Zwischenruf GRin. Krampl: Ja, kaufen wir jetzt alle Flächen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich erinnere vielleicht an den Planungsfall beim Hauptbahnhof und zwar bei dem Pensionsversicherungsanstalt-Bebauungsplan, wir haben die Eigentümer gezwungen in einen Wettbewerb. Es hat einen wunderbaren Wettbewerb gegeben mit einem tollen Ergebnis, gebaut ist etwas ganz anderes geworden.

Zwischenruf GRin. Krampl: Und wo ist der Unterschied?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das kann einem als Eigentümer nicht passieren. Was glaubst du, liebe Dagmar, warum Hamburg die Hafencity, warum Wien das Flugfeld Aspern, warum Linz die Solarcity gebaut hat, warum Regensburg ein großes Grundstück entwickelt, weil man als Eigentümer festlegen kann, was dort gebaut wird und gemeinsam mit einem Investor und wenn der Investor das nicht tut, was man als Eigentümer will, dann kann er das nicht.

Zwischenruf GRin. Krampl: Und wenn der Investor nein sagt?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das ist meine feste Überzeugung und damit glaube ich, ist auch der große Unterschied zur ersten Variante aufgezeigt. Die dritte Variante Dornröschenschlaf. Ich muss noch etwas zur zweiten Variante sagen, etwas ganz Wichtiges. Ich bin überzeugt, wenn die Stadt nicht einsteigt, dann wird dieses Gebiet mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit filetiert, selbstverständlich wird Asset One das Feld nicht kampflos aufgeben, sondern Asset One wird verhindern, um die größten wirtschaftlichen Probleme zu lösen, Einzelgrundstücke zu verkaufen, sie hätten auch schon verkauft, es war ein Kaufvorabschluss, der aufgehoben wurde, solange bis die Stadt mit ihren Verhandlungen fertig ist. Und, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, unterschätzen Sie doch bitte den privaten Sektor nicht. Wenn immer wieder betont wird, das hat jetzt Asset One nicht geschafft und damit, wie sollen wir es schaffen. Asset One hat eine Vision gehabt und die Vision war, das Gebiet aus einer Hand ganzheitlich zu entwickeln. Das hat Asset One nicht geschafft und ich bin überzeugt, das schafft nur die Stadt, wenn es irgendjemand schafft. Aber tun wir doch damit nicht so, als wäre der private Immobilienmarkt tot, es werden selbstverständlich Investoren kommen, die werden sich die Gustostückerl raussuchen und sie werden sie kaufen und dann werden sie bei uns vor der Türe stehen, vor der Tür des Baudirektors bis hin zum Bürgermeister

und sagen, wir brauchen dort einen Kindergarten, wir brauchen dort eine Schule, wir brauchen dort eine Verkehrsanbindung und all das, und das ist die zweite Überzeugung, werden wir in jedem Fall hinstellen müssen, wenn dieses Gebiet entwickelt werden soll. Tun wir das nicht, machen wir alle Planungsfehler, die etwa in den 60er/70er-Jahren gemacht wurden, ich erinnere, wer es kennt, an die Großfeldsiedlung der Stadt Wien, wo eine große Stadtrandsiedlung gebaut wurde ohne Infrastruktur, die jahrelang nicht funktioniert hat. Die dritte Variante ist die Dornröschenvariante, diese Variante steht aus meiner Sicht auch nicht wirklich zur Diskussion, denn ich glaube, es kann sich keine Stadt bei steigender Bevölkerung leisten zu sagen, wir haben hier ein Gebiet und wir tun da draußen nichts. Ich denke, das kann sich eine Stadt nicht leisten, ich glaube auch nicht, dass es sehr mutig ist für eine Stadt, die derzeit ein Bevölkerungswachstum hat und die dort draußen selbstverständlich viele Anliegen verwirklichen kann, unter anderem auch jenes Anliegen des kommunalen oder des sozialen Wohnbaus, das wir gerade gehört haben. Ich glaube deshalb, dass nimmt man alles in allem, dass die Option, die wir hier einmal aufgezeigt haben, eine gute ist. Wir haben nicht mehr und nicht weniger als wie das Verhandlungsmandat und ich denke, bei einem derart großen Projekt ist das wichtig, auch den Banken und Asset One gegenüberzutreten und zu sagen, das ist die Linie, die wurde vom Gemeinderat vorgegeben, auf dieser müssen wir uns bewegen, das ist eine große Unterstützung. Ob das gelingt, werden wir in sechs Monaten sehen, das ist der Zeitraum, in dem wir diese Verhandlungen abschließen wollen und ich möchte auch am Ende noch sagen, mir ist völlig klar, dass man immer nur auf die Seite der Risiken und die Seiten der Hindernisse schauen kann und die sind groß. Aber da bin ich durchaus bei meinen Vorrednern, die sagen, es gibt eine riesige Chance für die Stadt und diese riesige Chance ist nicht in erster Linie die finanzielle Chance, es gibt auch eine finanzielle Chance, weil wir Aufwertungsgewinne realisieren können und dann wieder einen Teil der Infrastruktur jedenfalls finanzieren können.

Zwischenruf GRin. Krampfl: Das werden wir niemandem erklären können.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das gibt es jedenfalls und damit glaube ich, sind wir insgesamt sehr viel besser gestellt, wenn wir dieses Gebiet übernehmen, mit öffentlichem Eigentum dort auch tatsächlich an Aufwertungsgewinn partizipieren, um dort tatsächlich eine Stadtentwicklung des 21. Jahrhunderts mit allen Kräften und mit allen, die daran beteiligt sind, herzustellen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Hagenauer**: Der Dritte aus der grünen Fraktion, ich bitte dafür um Verständnis. Ich habe mir das auch überlegt, ob ich mich jetzt noch einmal zu Wort melde, bin aber in der gebotenen Bescheidenheit trotzdem der Überzeugung, dass hier noch etwas gesagt werden muss. Erstens vergessen wir nicht, dass es sich bei dieser Materie um eine Causa handelt, wie sie die Stadt Graz vielleicht alle 100 Jahre beschließt. Und vergessen wird nicht, und da bin ich gleich bei einem von zwei Punkten, dass diese Stadt Graz hier über weit mehr entscheidet als nur über künftige Wohnflächen, über Städtebau, sondern sie entscheidet zuerst einmal überhaupt daran, ob sie an ihre eigene Zukunft glaubt. Ob wir hier, sind Sie mir nicht böse, in provinzieller, kleinbürgerlicher Ängstlichkeit versinken, ein Phänomen, das uns schon in der Monarchie verfolgt hat, oder ob wir fähig sind zu gestalten, eine Vision zu haben und das anzupacken. Mehr ist dazu nicht zu sagen und Graz hat hier immer eine Herausforderung gehabt, und hier hat Graz diese Chance und die psychologischen Folgen in beide Richtungen, im Positiven und im Negativen, werden nachhaltig sein. Davon bin ich felsenfest überzeugt, das heißt, entscheiden wir uns, schaffen wir das nicht, das ist ja nicht der erste Anlauf, das ist ja meines Wissens ein bisschen, deswegen melde ich mich ja auch, weil ich nicht mehr 25 bin, sondern das war jetzt das dritte Mal, dass ja der dritte Anlauf schon ist. Ich will Ihnen die ganzen Geschichten ersparen, die auch typisch sind für Graz am Reininghausareal, das hatten wir ja alles schon, dass einmal das geschlossen verwertet werden sollte und wir insgesamt haben es nicht geschafft, wer immer die Verantwortung hatte dafür. Also das Erste ist sicherlich das, dass wir uns bewusst sein müssen, ob wir hier wirklich eine schicksalhafte Entscheidung für Graz überhaupt uns zutrauen oder nicht, unabhängig von der Kaufsumme. Natürlich geht es dann um das „Kleingeld“ unter Anführungszeichen, das in dem Fall kein kleines Geld ist, das weiß ich schon. Das Zweite, schauen Sie sich das Echo an eben in den Eliten dieser Stadt, schauen

Sie sich das Echo an bei der Jugend, bei jenen Leuten, die eigentlich den größten Riecher haben für das, was auf der Welt vorgeht, reden Sie einmal mit der jungen Architektenszene, reden Sie einmal, wieso reden wir den die ganze Zeit von Creative Industries vom Design, reden Sie einmal mit den Leuten, stellen Sie sich hin und kommen Sie mit den Argumenten, die hier zum Teil gefallen sind. Was glauben Sie, was da Ihnen für ein Wind entgegen bläst, natürlich steht Reininghaus auch für einen Wandel im Städtebau, im Selbstverständnis von Graz, es gibt in ganz Europa wahrscheinlich keine fünf Areale, es sind einige Beispiele genannt worden vom Herrn Stadtrat, aber wenn Sie sich eben diese einschlägigen Geschichten anschauen, Aspern in Wien oder Eilbourg in Amsterdam und wie sie alle heißen, die sind ein ganzes schönes Stück vom Zentrum weg. Wie kann man denn, wenn Sie mit Fachleuten sprechen, dann sprechen die nicht nur von den Chancen, die durch ein so ein riesiges und sehr großes Areal da sind, sondern die sprechen auch und vor allem von der einmaligen Chance durch die Nähe zum Zentrum, so etwas finden sie in ganz Europa, ich weiß nicht, vielleicht wenn sie es fünf Mal finden, wenn überhaupt. Und so etwas liegen zu lassen und nicht zu gestalten, ist eben schlicht und ergreifend, sind Sie mir nicht böse, verantwortungslos und zum Schluss noch eine kleine Anmerkung an die, jetzt kommt ein Untergriff, ehemals linke Reichshälfte hier im Hause...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ihr meint euch selbst?

GR. **Hagenauer:** ...und in Graz. Eine technische, kleine technische Anmerkung, das eine ist schon gesagt worden, habe ich richtig gehört, von Staatseigentum und Stalin vorhin irgendetwas. Soweit muss man ja nicht gehen, aber die eine Überlegung, die hätte ich mir ja eher von der KPÖ erwartet oder allenfalls von der SPÖ, dass man aber nicht unbedingt jetzt von einer bürgerlichen Partei wie der ÖVP, die aber sehr wohl das in dem Fall tut, nämlich auch zu sehen den Effekt, wie sehr der Markt hier entlastet wird, um das technische Vokabel zu verwenden. Ich kann es auch ein bisschen volkstümlicher formulieren und sagen, rechnet einmal nach, was alleine die

Immobilienpreise steigen werden, wenn Reininghaus nicht realisiert wird. Lassen Sie sich das einmal vorrechnen von einem Immobilienmenschen. Ist auch ein volkswirtschaftlicher Wert, ist auch ein Wert, der den künftigen Mietern und Nutzern zur Verfügung steht und nicht jenen Eignern von Liegenschaften, die, dazu stehe ich als Grüner, nicht unbedingt diejenigen sind, um deren Einkommen ich mich vorrangig Sorge. In diesem Sinne bitte ich um Verständnis für meine Wortmeldung. Danke fürs Zuhören (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag des BZÖ wurde mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Mag. Kvas

5) A 8/4 – 34806/2009

Münzgrabengürtel 20/5/16,
Liegenschaft EZ 2104, KG Jakomini,
Verkauf einer städtischen Wohnung

GR. Mag. **Kvas**: Hoher Gemeinderat! Im kommenden Stück geht es um den Verkauf einer städtischen Wohnung. Die Stadt Graz ist grundbücherlicher Miteigentümerin einer Liegenschaft im Bezirk Graz Jakomini, in einem Katastrerausmaß von 1.964 m². Auf der soeben genannten Liegenschaft befinden sich die Wohnhäuser Münzgrabengürtel 18 sowie 20, und für diese Liegenschaft wurde Wohnungseigentum begründet und sind bereits drei Wohnungen verkauft worden. Eine der Mieterin dieser Wohnungen, die Frau Hannelore Pierer, hat nun um eine käufliche Überlassung der von ihr genutzten Wohnung angesucht, diese Wohnung hat eine Nutzfläche von nicht ganz 75 m². Im Zuge der Überprüfung durch das Amt

für Wohnungsangelegenheiten wurde dann festgestellt, dass die angeführte Wohnung dem dringenden und regelmäßigen Wohnbedürfnis der Käuferin dient und besteht seitens der Abteilung Wohnungsangelegenheiten gegen den Abverkauf der Wohnung somit kein Einwand. Die Abteilung Liegenschaftsverkehr hat daher basierend auf den vergleichbaren Verkaufsfällen der Vorjahre den Kaufpreis ermittelt, dieser beträgt 82.060 Euro, hiervon wird der Mietwert in der Höhe von 24.618 Euro in Abzug gebracht, sodass sich ein Kaufpreis von 57.442 Euro ergibt. Ich ersuche um Annahme dieses Stückes.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/57 i.d.F. LGBl. 41/2008, beschließen:

Der Verkauf der unter B-LNR 41-72/2590-Anteile an der EZ 2104, KG Jakomini, an Frau Hannelore Pierer, Münzgrabengürtel 20, zu einem Kaufpreis von € 57.442,00 wird zu den Bedingungen der beiliegenden Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.

Der Kaufpreis in der Höhe von € 57.442,00 ist im Sinne des Entwurfes der Kauf- und Wohnungseigentumsvereinbarung zu entrichten und zweckgebunden für die Beschaffung von neuen Wohnbauflächen bzw. Revitalisierungsobjekten auf der Fipos 2.84000.010200 zu vereinnahmen und zu verwenden.

Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des zu errichteten Kauf- und Wohnungseigentumsvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Käuferin.

Die Kaufvertragserrichtung und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch und auf Kosten der Käuferin.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GRin. Mag. Kvas

6) A 8/4 – 40597/2009

Sonderwohnbauprogramm
Brucknerstraße
Gdst.Nr. 2431/1, KG 63106 Jakomini, im
Ausmaß von 2.963 m²
Einräumung eines Baurechtes ab
1.6.2010 auf die Dauer von 55 Jahren

GR. Mag. **Kvas**: Es geht hier um die Einräumung eines Baurechtes für die Dauer von 55 Jahren. Im Übereinkommen der Regierungsparteien wurde für diese Funktionsperiode die Schaffung von mindestens 500 leistbaren Wohnungen mit Einweisungsrecht der Stadt Graz vereinbart, wobei die Stadt Graz für die entsprechende Grundstücksbevorratung in dieser Gemeinderatsperiode sorgen wird. Die Abteilung Liegenschaftsverkehr hat in Folge (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) geeignete Grundstücke für den sozialen Wohnbau aufgelistet, wobei auch Flächen im städtischen Bereich Haus Graz für die Wohnverbauung herangezogen werden sollen. Das Amt für Wohnungsangelegenheiten hat bekanntgegeben, dass das städtische Wohnhaus an der Brucknerstraße auf einer rund 3.000 m² großen Fläche noch ein weiteres Wohnhaus errichtet werden könnte. Der Flächenwidmungsplan sieht aber eine Dichte von 0,2 – 1,2 vor und auf diesem Grundstück soll dann ein Massivholzbauprojekt einzigartig im Geschößwohnbau verwirklicht werden. Die Abteilung Liegenschaftsverkehr hat daher auch den entsprechenden Baurechtsvertrag errichtet und könnte, vorbehaltlich des Gemeinderatsbeschlusses nun das Baurecht auf die Dauer von 55 Jahren eingeräumt werden. Ich ersuche um Annahme dieses Stückes.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 idGF LGBl. Nr. 41/2008 beschließen:

Die Stadt Graz räumt der „Die Frohnleitner“ Gemeinnütziges Steirisches Wohnungsunternehmen GesmbH (FN 62204 b), Mayr-Melnhof-Straße 14, 8130 Frohnleiten, am Gdst. Nr. 2431/1, EZ 1141, KG 63106 Jakomini, ab 1.6.2010 auf die

Dauer von 55 Jahren ein Baurecht im Sinne des beiliegenden Baurechtsvertrages ein.

GR. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schade, dass die Frau Stadträtin Kahr jetzt nicht da ist, es ist uns aufgefallen, dass in den Sitzungen des Stadtplanungsausschusses und des Umweltausschusses die KPÖ immer wieder massiv für die Einhaltung von Grünflächen und gegen die Verbauung ausspricht. Nun ist auf einer Grünfläche im Bezirk Jakomini der Bau von zwei Geschloßwohnbauten geplant, und damit verantworten Sie den Verlust von Grünflächen und setzen sich nicht für deren Erhaltung ein. Ich habe mit BewohnerInnen dieses Wohnhauses gesprochen, es ist so, dass sie von der zuständigen Abteilung bis dato nicht davon informiert wurden und hier quasi über ihre Köpfe hinweg, und das sind Menschen, die leben dort seit Jahrzehnten, ihres Freiraumes und auch des Spielplatzes für ihre Kinder beraubt werden. In der Vorbereitungsunterlage für das neue Stadtentwicklungskonzept wird dieses Gebiet, das ist Jakomini Ost, als Stadtteil mit Handlungsbedarf, was Freiflächen betrifft, dargestellt. Das heißt, in einer Gegenüberstellung des Freiflächenangebotes mit dem Angebot, das tatsächlich vorhanden ist, hat sich ein Defizit ergeben und daher wird dringend aufgefordert, dass Maßnahmen gesetzt werden sollen, um eben die Flächen an wohngebietsbezogenen Frei- und Spielflächen zu erhöhen. Es wäre wirklich dringend notwendig, dass mit den BewohnerInnen dieses derzeit schon dort befindlichen Baus gesprochen wird, die leben dort seit Jahrzehnten, die machen sich Sorgen, weil ihre Kinder dort nicht mehr spielen werden können auf dem Spielplatz so wie früher und sie machen sich auch Sorgen um den Erhalt des Baumbestandes, und nachdem Sie sich im Stadtplanungsamt und Umweltausschuss immer sehr stark dafür einsetzen, wäre es sicher wichtig, das auch dort mit den Personen zu besprechen und eine Lösung zu finden (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag.^a Pavlovec-Meixner

8) A 10/5-22580/2008-46

Masterplan Stadtpark

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Nach einem erstmaligen Anlauf, der gescheitert ist, haben wir gestern erfolgreich den Masterplan Stadtpark im Ausschuss verabschiedet, es ist ein Projekt, auf das wir wirklich stolz sein können, ein Koalitionsprojekt, das auch im Koalitionsabkommen schon von den Regierungsparteien vereinbart wurde und in dem es darum geht, wiederkehrende Interessenskonflikte, was die Nutzung des Parks betrifft, die Pflege, die Erhaltung auszuräumen. Es hat hier ein sehr vorbildlicher Prozess mit Interessierten, mit NGOs, mit verschiedenen Abteilungen stattgefunden, ein offenes Konsultationsverfahren, wo eben auch VertreterInnen aus dem Naturschutzbeirat und von „Mehr Zeit für Graz“ eingebunden wurden. In verschiedenen Workshops unter anderem zum Thema gesetzliche Vorgaben und Pflegerealitäten, Freiraum und NutzerInnen beziehungsweise Mobilität und Verkehr ist eben dieser Masterplan Stadtpark entstanden. Es hat dann auch im April, ich glaube am 25., eine öffentliche Informationsveranstaltung im Stadtpark stattgefunden, die sehr gut besucht war und wo auch eine sehr rege Diskussion mit der Bevölkerung stattgefunden hat. In diesem Masterplan selbst sind jetzt Kapitel enthalten zu dem Thema NutzerInnen, Sicherheit, Mobilität, Flora und Fauna, Kunst und Kultur, Infrastruktur und Kommunikation. Im Masterplan Stadtpark ist die laufende Kommunikation im Vorfeld notwendiger beziehungsweise geplanter Maßnahmen als Ziel festgelegt worden. Das heißt, es wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, dass Alleen über Nacht geschlägert werden, sondern es wird immer ein Dialog geführt werden und es ist auch gelungen, einen sehr wichtigen Bestand an Altbäumen für die Zukunft zu sichern. Ein weiteres Resultat ist eben eine standardisierte Vorgehensweise zur Information bei der geplanten Baumpflege und Baumersatzmaßnahmen, das kann man jetzt teilweise schon sehen im Stadtpark, da werden immer Informationstafeln aufgestellt und eben Maßnahmen nur wirklich dann gesetzt, wenn keine andere Möglichkeit mehr besteht. Als nächster Schritt soll ein Parkpflegewerk für den Stadtpark entstehen, die wichtigen Vorgaben dafür sind im Masterplan Stadtpark bereits enthalten und dieses Parkpflegewerk wird derzeit ausgeschrieben und dann wahrscheinlich bis Herbst fertig gestellt. Ich komme jetzt zum Antrag selbst, auf Grund des vorliegenden Berichtes stellt der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: Dem Motivenbericht wird inhaltlich

zugestimmt. Masterplan Stadtpark wird intern als Richtlinie für die nächsten zwei Jahrzehnte festgeschrieben. Die darin aufgelisteten Grundsätze und Ziele sollen als interne Handlungsanleitung für die unterschiedlichen Abteilungen des Magistrates verbindlich sein. Die im Masterplan vorgeschlagenen Maßnahmen sind von den betroffenen Abteilungen entsprechend der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen schrittweise umzusetzen. Über den Stand der Umsetzung ist dem Gemeinderat bis spätestens Ende 2012 im Zuge einer Evaluierung von der zuständigen Fachabteilung ein Bericht vorzulegen. Die zuständige Fachabteilung wird beauftragt, in der Folge ein Parkpflegewerk für den Grazer Stadtpark auszuarbeiten und dieses dem Gemeinderat bis zum Frühjahr 2011 vorzulegen. Ich bitte um Annahme des Antrages.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Dem Motivenbericht wird inhaltlich zugestimmt.
2. Der Masterplan Stadtpark wird intern als Richtlinie für die nächsten zwei Jahrzehnte festgeschrieben.
Die darin aufgelisteten Grundsätze und Ziele sollen als interne Handlungsanleitung für die unterschiedlichen Abteilungen des Magistrates verbindlich sein.
Die im Masterplan vorgeschlagenen Maßnahmen sind von den betroffenen Abteilungen entsprechend der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen schrittweise umzusetzen.
Über den Stand der Umsetzung ist dem Gemeinderat bis spätestens Ende 2012 im Zuge einer Evaluierung von der zuständigen Fachabteilung ein Bericht vorzulegen.
3. Die zuständige Fachabteilung wird beauftragt, in der Folge ein Parkpflegewerk für den Grazer Stadtpark auszuarbeiten und dieses dem Gemeinderat bis zum Frühjahr 2011 vorzulegen.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat! Der Grazer Stadtpark, einst ein Militärübungsplatz, dient jetzt seit rund 140 Jahren als Naherholungsgebiet für die Grazer Bevölkerung. Für uns soll das auch in den nächsten Jahrzehnten so bleiben, der Plan hat ja einen Horizont von 20 Jahren, aber wenn wir diesem Plan heute zustimmen, und wir haben uns dann auch dazu durchgerungen, möchten wir hier nicht, dass schwarz/grüne Verwirklichungsprojekte unsere Zustimmung finden. Der Park soll als Erholungsgebiet dienen, das soll so bleiben und alle anderen Formen irgendwelcher Verwirklichungspläne erhalten einmal unsere Absage. Wir wünschen uns eine Qualitätsverbesserung des Erholungscharakters des Parks und deshalb sind wir doch skeptisch gewesen und haben das bei der letzten Sitzung zurückstellen lassen, weil eben sehr viele Organisationen, NGOs eingebunden sind, wie die Frau Kollegin berichtet hat, aber die Parteien der Nichtkoalition sind überhaupt nicht angehört worden. Also wir hätten da einige gute Vorschläge gehabt, vor allem im Sicherheitsbereich, mein Kollege Mag. Korschelt ist ja immer dabei, dass er auch im Stadtpark mehr Sicherheitsmaßnahmen fordern will, um hier für mehr Sicherheit zu sorgen. Hier hat man uns überhaupt nicht angehört. Positiv kann man erwähnen, was hier im Plan steht, es soll keine Möglichkeit zum öffentlichen Grillen geben, das erhält natürlich unsere Zustimmung, der Handel mit illegalen Drogen soll durch personelle Aufstockung der städtischen Ordnungswache verhindert werden, auch hier natürlich ein freiheitliches Anliegen, Verbesserung der Beleuchtung oder das illegale Parken sind natürlich alles Punkte, die unsere Zustimmung finden. Einen Wehmutstropfen gibt es natürlich, keine Freude haben wir zum Beispiel, dass man hier den Punks als soziale Gruppe die Anerkennung zukommen lässt und die im Pavillon überlässt, eben um zu wohnen oder mit ihren Hunden dort zu hausen und die Begründung steht dann im Kleingedruckten, ja sie haben ja gar keine andere Möglichkeit, weil sie keine Unterkunft mit ihren Hunden finden. Also hier sind wir schon aus ideologischen Gründen natürlich nicht nur dafür, dass man mit ihnen redet, nicht dass man ein gutes Zureden hat, dass sie den Pavillon nicht beschädigen und bei den Veranstaltungen vielleicht dann verlässt, sondern hier können wir uns natürlich auch Zwangsmaßnahmen vorstellen. Im Großen und Ganzen überwiegen trotzdem die Vorteile und wir werden dann dem Plan zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir seitens des BZÖ haben zu diesem vorliegenden Stück ein sehr differenziertes Bild. Es ist zweifelsohne positiv hervorzuheben, dass hier wirklich sehr viele nicht nur Behörden, Abteilungen, NGOs, verschiedenste Organisationen, die mit dem Stadtpark in Berührung sind, eingebunden worden sind und deren Anliegen zum Teil berücksichtigt worden sind. Wo wir das große Manko sehen, und das liegt vielleicht oder wahrscheinlich sogar explizit in der schwarz/grünen Koalition, dass unseres Erachtens ganz wesentliche Problemfelder, die mit dem Stadtpark im Zusammenhang stehen, gar nicht beziehungsweise zu wenig Berücksichtigung gefunden haben und auch hierzu keine neuen Lösungsansätze hervorgetreten sind beziehungsweise wahrscheinlich auch gar nicht beabsichtigt waren. Ich nenne hier einige Bereiche, die im Zusammenhang stehen mit übermäßigem ungesunden Alkoholismus, also Alkoholgenuss, sprich Alkoholismus, auch zum Drogenkonsum, der an manchen Orten im Stadtpark gefrönt wird, sind keine Lösungen dabei, genauso wenig zu Rowdytum, genauso wenig zu Müllbergen, die an Orten im Stadtpark entstehen, wo manche Flächen wirklich manchmal einer Müllhalde gleichen und ich wirklich die Mitarbeiter und Kollegen, die in den Wirtschaftsbetrieben zur Müllbeseitigung und vom Stadtgartenamt bei der Wiederherstellung der Blumenflächen wirklich bewundere, welche Engelsgeduld sie haben, wenn sie nach getaner Arbeit nach 48 Stunden wieder an den gleichen Fleck kommen und eigentlich ein desaströses zerstörtes Bild wiederum vorfinden. Für alle diese Themen, liebe Kolleginnen und Kollegen der schwarz/grünen Koalition, habt ihr zumindest in diesem Stück noch keine Antworten gefunden. Ebenso wenig zum Sicherheitsthema, weil ich sage, Sicherheit wird nicht automatisch entstehen, wenn zusätzliche Lampen eingeschaltet werden oder einfach die Watt-Leistung der Lampen erhöht wird. Zudem ist mir aufgefallen in dem Stück, dass, wenn es wirklich so gelebt wird, wie es hier dargestellt wird, aus meiner Sicht eine absolute Überbürokratisierung der Stadtparkverwaltung aller jener, die hier wirklich mit dem Stadtparkmanagement im Zusammenhang stehen bis hin zu den Ornithologen, die die Vögel zählen usw. vonstatten gehen wird. Ich denke, hier sollte wirklich auch ein radikales Umdenken Richtung Sparsamkeit erfolgen in Richtung Einfachheit und in Richtung auch wirklicher Praktiken, wie sie Land und Leute bisweilen noch geprägt haben, dass man wirklich auch nicht dreiwöchige oder zwei Monate lange Studien macht, ob man einen Baum, dessen Ast über einen Weg drüber geht, wo Leute

gefährdet werden, einfach fällen darf oder nicht, sondern dass man sagt, ja, wenn Gefahr im Verzug ist, wenn Leute geschädigt werden können, dann ist der Baum zumindest zu stützen oder gar umzuschneiden und natürlich soll ein neuer gepflanzt werden, da sind wir ja d'accord, wenn es sich um standortsgerechtes Gehölz oder Sträucher handelt. In diesem Sinne werden wir heute unsere Zustimmung nicht geben, aber ich bin ja frohen Mutes, dass diese unsere Gedanken auch in zukünftigen Ideen, vielleicht in einer Evaluierung, berücksichtigt werden. Danke (*Applaus BZÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Hagenauer

10) A 10/8 – 14637/2010-1
A 10/BD EU-35075/2007-7
A 8-41291/2009-12

1. Aufwandsgenehmigung des
Maßnahmenprogramms „Ausbau und
Bewerbung des suburbanen
Regionalbussystems im Rahmen der
Umsetzung des neuen ÖV-Konzeptes
Graz-Südost“ über € 240.000,- und
formelle Genehmigung einer Förderung
aus dem Europäischen Fonds für
Regionale Entwicklung in der Höhe von
max. Euro 120.000,- im Rahmen des
URBAN PLUS

2. Projektgenehmigung des
„Maßnahmenprogramms
Verkehrskonzept Gebiet Rudersdorf –
Teil 1“ (Kooperation zwischen der A 10/8
und der Marktgemeinde Feldkirchen bei
Graz) über € 136.000,- und formelle
Genehmigung einer Förderung aus dem
Europäischen Fonds für Regionale
Entwicklung in der Höhe von max. Euro
68.000,- im Rahmen von URBAN GRAZ

GR. **Hagenauer**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich hier um zwei Maßnahmen, einerseits den Ausbau und die Bewerbung des suburbanen, das heißt, am Stadtrand befindlichen Regionalbussystems Graz-Südost, das ist also der

Bereich von Liebenau Richtung Raaba und Gössendorf, wo ein neues Regionalbussystem mit Unterstützung der EU beziehungsweise von Urban Plus-Mitteln eingeführt werden konnte. Hier handelt es sich um ein Bussystem, wo die Qualität der Anbindung wesentlich verbessert wird, vor allem durch eine Vertaktung, das heißt regelmäßigen Busverkehr. Das zweite Projekt ist ein Maßnahmenprogramm Verkehrskonzept Rudersdorf, Teil 1, das ist ebenfalls ein Stadtgrenzen übergreifendes Projekt, nämlich zusammen mit der Marktgemeinde Feldkirchen. Auch hier, Sie kennen dieses Verkehrsberuhigungsprojekt in Rudersdorf, auch hier erfolgte eben eine Unterstützung der EU; im ersten Fall waren es 120.000 Euro, im zweiten Fall 68.000 Euro im Rahmen des Urban-plus-Projektes. Wir haben diese beiden Projekte im Ausschuss diskutiert und beschlossen und ich stelle hier den Antrag auf Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindevorstandes, des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung und des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Dem Motivenbericht wird zugestimmt.
2. Die Aufwandsgenehmigung für das „Maßnahmenprogramm Ausbau und Bewerbung des suburbanen Regionalbussystems im Rahmen der Umsetzung des neuen ÖV-Konzeptes Graz-Südost“ über € 240.000,- und formelle Genehmigung einer Förderung aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung in der Höhe von max. Euro 120.000,- im Rahmen von Urban Plus wird erteilt.
3. Die Projektgenehmigung für das „Maßnahmenprogramm Verkehrskonzept Gebiet Rudersdorf – Teil 1“ (Kooperation zwischen der A 10/8 und der Marktgemeinde Feldkirchen bei Graz) über € 136.000,- und formelle Genehmigung einer Förderung aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in der Höhe von max. Euro 68.000,- im Rahmen von Urban Plus (vorbehaltlich einer Förderempfehlung der Urban Plus-Steuerungsgruppe) für den Zeitraum 2010 (€ 90.000,-) bis 2011 (€ 46.000,-) wird erteilt.
4. In der AOG des Voranschlages 2010 werden die neuen Fiposse

5.61200.002450	„Straßenbauten, URBAN-Plus-Regionalbussystem“ (Anordnungsbefugnis: A 10/8) mit	€ 240.000,-
5.61200.728510	„Entgelte für sonstige Leistungen, URBAN-Plus-Verkehrskonzept Rudersdorf“ (Anordnungsbefugnis: A 10/8) mit	€ 90.000,-
6.61200.889200	„Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union“ (Anordnungsbefugnis: A 10/8) mit	€ 120.000,-
6.61200.889300	„Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union“ (Anordnungsbefugnis: A 10/8) mit	€ 45.000,-
geschaffen und zur Bedeckung die Fiposse		
5.61200.002060	„Straßenbauten, ÖV-Maßnahmen“ um	€ 120.000,-
5.61200.0023801	„Straßenbauten, Kleinmaßnahmen“ um	€ 68.000,-
6.61200.346000	„Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um	€ 23.000,-

gekürzt.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag.^a Grabe

11) A 8 – 044725/2008/0033
A 10/8 – 16438/2010 - 1

Buslinie 211 Jakominiplatz – P&R Fölling
- Projektgenehmigung über € 598.000,-
- Aufstockung des Verkehrsfinanzierungs-
vertrages GVB
- Kreditansatzverschiebung über
€ 329.100,- in der OG 2010

GR. Mag.^a **Grabe**: Wie erwähnt geht es um die Buslinie 211, Jakominiplatz, steht im Zusammenhang mit der Park-&-Ride-Anlage, die in Fölling in Errichtung ist. Es geht darum zur Attraktivierung des Park-&-Ride in Fölling die öffentliche Verkehrserschließung dort zu verbessern. Es geht um eine Projektgenehmigung in

Höhe von 598.000 Euro und zwar zur Aufstockung des Verkehrsfinanzierungsvertrages mit der GVB und eine Kreditansatzverschiebung um 329.100,-. Konkret geht es inhaltlich darum, dass die Anlage in Fölling an das öffentliche Verkehrsnetz noch stärker angebunden wird, als es durch den Busverkehr nach Weiz schon der Fall ist. Es soll die Busverbindung von Weiz nach Graz verdichtet werden, das sind die Linie des ÖBB-Postbusses und es soll eine weitere Verdichtung erfolgen durch die Shuttlebuslinie 211, die vom Grazer Jakominiplatz zum Park-&-Ride-Betrieb hin- und wieder zurückführen wird. Die Gesamtsumme, wie erwähnt, 598.000 Euro und es geht wie gesagt darum, um diesen Betrieb den Verkehrsfinanzierungsvertrag zu erhöhen. Ich bitte um Annahme des Stücks.

Die Berichterstatterin stellt namens des Gemeindeumweltausschusses, des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung und des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Projektgenehmigung für die Errichtung der Buslinie 211 Jakominiplatz – P&R Fölling (für den Zeitraum 13.9.2010-31.12.2011) in Höhe von € 598.000,- wird erteilt.
3. Die Bedeckung der Kosten erfolgt aus den im Motivenbericht genannten Finanzpositionen aus den Mehreinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung:

2010	€ 329.100,-
2011	€ 268.900,-

In der OG des Voranschlags 2010 werden die Fiposse

1.69000.755200	„Lfd. Transferz. an Unternehmungen, Verkehrsfinanzierungsvertrag“ um	€ 89.100,-
1.69000.775200	„Kap. Transferzahlungen an Unternehmungen, Verkehrsfinanzierungsvertrag“ um	€ 240.000,-

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

1.69000.755400 "Lfd. Transferz. an Unternehmungen,
Angebotsverbesserungen" um € 329.100,-

gekürzt.

4. Der Verkehrsfinanzierungsvertrag wird in seinem Leistungsangebot um die Investitionsmaßnahmen für die Anbindung der P&R-Anlage Fölling an das öffentliche Verkehrsnetz mittels einer Shuttlebuslinie 211 Graz Jakominiplatz – Fölling P&R erweitert. Dafür wird der Graz AG, Geschäftsbereich Verkehrsbetriebe, ein weiterer Investitionszuschuss in Höhe von € 598.000,- bis längstens Ende des Jahres 2011 gewährt.
5. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, sämtliche für die Umsetzung bzw. Inbetriebnahme der Buslinie 211 Jakominiplatz – P&R Fölling erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Hagenauer

12) A 8 – 044725/2008-0034
A 10/8 – 16438/2010-2

Fahrplanverdichtung bei den Buslinien
58/63 sowie zusätzliche
Einschubleistungen
- Projektgenehmigung über € 1.308.700,-
- Aufstockung des Verkehrsfinanzierungs-
vertrages GVB
- Kreditansatzverschiebung über
€ 879.100,- in der OG 2010

GR. **Hagenauer**: Hier handelt es sich um zwei Linien, die vom Hauptbahnhof Richtung Universität führen, also durch die Keplerstraße und Wickenburggasse. Es ist in dem Zusammenhang anzumerken, dass diese beiden Linien bereits sehr gut ausgelastet sind. Im Frühverkehr bei der Linie 58 durchschnittlich 98,5 %, das heißt im Grunde genommen sind sie überlastet, im Klartext heißt es, dass also sehr viele Fahrgäste bereits stehen müssen und ein nicht unerhebliches Kundenpotential wahrscheinlich gar nicht hier angesprochen werden kann, wenn Sie sich

vergegenwärtigen müssen, dass Sie in den Bus nicht mehr hineinkommen oder stehen müssen. Die Maßnahme um die es hier geht, ist also, dass die Linie 58 von Montag bis Freitag an Schultagen auf einen 10-Minuten-Takt verdichtet wird und die Linie 63 von Montag bis Freitag ebenfalls auf einen 10-Minuten-Takt und drittens, dass zusätzlich zu diesen Maßnahmen bei beiden Linien in der Spitzenzeit von 8.00 bis 10.00 eine eigene Einschublinie 58E vom Bahnhof bis zum Resowi-Zentrum beziehungsweise Mensa in Betrieb genommen wird, das ist der am stärksten frequentierte Abschnitt beziehungsweise auch jener, wo man größere Busse einsetzen kann, Gelenkbusse. Auf der weiteren Linienführung geht das ja, wie Sie wissen, nicht. Auf den Linien 62, 64 und 72 werden im Frühverkehr ebenfalls Einschubkurse geführt und 53 und 64 zu Mittag ein Einschubkurs geführt. Insgesamt bedeutet das einen finanziellen Aufwand von 1.308.700 Euro. Diese Mittel werden aus der Parkraumbewirtschaftung lukriert. Die einzelnen Budgetpositionen erspare ich Ihnen jetzt, können Sie dem Stück entnehmen. Ich stelle den Antrag auf Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses, des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung und des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Projektgenehmigung für die Fahrplanverdichtung der Buslinien 58/63 sowie von Einschubleistungen (für den Zeitraum 13.9.2010 bis 31.12.2011) in Höhe von € 1.308.700,- wird erteilt.
3. Die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im Motivenbericht genannten Finanzpositionen aus den Mehreinnahmen der Parkraumbewirtschaftung:

2010	€ 789.100,-
2011	€ 429.600,-

In der OG des Voranschlages 2010 werden die Fiposse

1.69000.755200	„Lfd. Transferz. an Unternehmungen, Verkehrsfinanzierungsvertrag“ um	€ 159.100,-
----------------	--	-------------

1.69000.775200	„Kap. Transferzahlungen an Unternehmungen, Verkehrsfinanzierungsvertrag“ um	€ 720,000,-
----------------	---	-------------

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

1.69000.755400	„Lfd. Transferz. an Unternehmungen, Angebotsverbesserungen“ um	€ 70.900,-
----------------	--	------------

1.97000.729000	„Sonstige Ausgaben“ um	€ 808.200,-
----------------	------------------------	-------------

gekürzt.

4. Der Verkehrsfinanzierungsvertrag wird in seinem Leistungsangebot um die Investitionsmaßnahmen für die Verdichtung der Linien 58/63 und Einführung der Linie 58E erweitert. Dafür wird der Graz AG, Geschäftsbereich Verkehrsbetriebe, ein weiterer Investitionszuschuss in Höhe von € 1.308.700,- bis längstens Ende des Jahres 2011 gewährt.
5. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird beauftragt, sämtliche für die Umsetzung bzw. Inbetriebnahme der Fahrplanverdichtung bei den Buslinien 58/63 sowie von Einschubleistungen erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.35 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Dr. Hofmann-Wellenhof

13) A 14-014635/2009-21

06.19.0 Bebauungsplan „Leitnergasse –
Neuholdaugasse- Schönaugürtel –
Pestalozzistraße“
VI. Bez., KG Jakomini

GR. Dr. **Hofmann-Wellenhof**: Es geht hier um einen Bauplatz mit einer Größe von knapp über 1000 m². Allerdings liegt dieser Bauplatz in einem Planungsgebiet von über 10.000 m², und der Entwurf des Planes sieht im Wesentlichen die Schließung dieser Baulücke vor mit einem viergeschossigen Wohnhaus und einem ausgebauten Dachgeschoss. Es hat sechs Einwendungen insgesamt gegeben, davon sind zwei herausgefallen aus sachlichen Gründen, nämlich betreffend Regenwasser und Oberflächenwasser, die werden erst relevant beim Bauverfahren, weiters hat es Einwendungen gegeben gegen die Unzulässigkeit von Erkern, es waren also Erker geplant, nicht bewilligt, es tauchte die Frage auf, ob Nebengebäude zulässig sind, sowie zwei Fragen nach der Baumbepflanzung und der Begrünung, und schließlich kam eine Einwendung von der ASVK, da ging es um die Frage der geringfügigen Anhebung der Traufenlinie, wie ist der Begriff der Geringfügigkeit zu interpretieren und schließlich wurden auch die Widersprüche zwischen der verbindlichen planlichen Darstellung und dem Erläuterungsbericht aufgezeigt. Diese Einwendungen wurden entsprechend behandelt und ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat wolle sowohl den Bebauungsplan wie auch die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 06.19.0 Bebauungsplan „Leitnergasse – Neuholdaugasse – Schönaugürtel – Pestalozzistraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (41 : 4).

Berichterstatter: GR. Hohensinner

NT 21) A 8 – 41290/2009-21

Voranschlag 2010,
Übertragung von nicht umgesetzten
AOG-Budgets 2009 in Höhe von
€ 12.408.400,- in die AOG 2010

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Im Rahmen der Verhandlungen zum Voranschlag 2006 wurde neben der Einführung der Eckwertbudgetierung auch ein 5-Jahres-Plan in der AOG mit einem darlehensfinanzierten Gesamtrahmen von 175 Millionen Euro vereinbart. Bei Projektgenehmigungen kann der Finanzreferent Finanzmittelverschiebungen vornehmen. Bei einjährigen Vorhaben sind automatisch Budgetübertragungen nur eingeschränkt möglich. Im Rahmen des 5-Jahres-Planes sollen aber auch diese eingesparten beziehungsweise nicht komplett umgesetzten Mittel, wie bereits in den Vorjahren so gehandhabt, in den jeweiligen Abteilungen verbleiben. Die Summe von 12.408.400,- soll nunmehr ins Rechnungsjahr 2010 übertragen werden, und dem Stück können Sie entnehmen, wie das genau verteilt wird. Bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF LGBl. 41/2008 beschließen:

In der AOG des Voranschlages 2010 werden die Nachtragskredite gemäß Beilage beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

NT 24) A 14-004773/2008-107

13.08.0 Bebauungsplan Anton-Kleinoscheg-Straße,
XIII. Bez., KG Gösting

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Werte Kollegen und Kolleginnen, Frau Vizebürgermeisterin! Hier geht es um den 13.08.0 Bebauungsplan Anton-Kleinoscheg-Straße im Bezirk Gösting. Ich erspare Ihnen die ausführliche Darstellung der Ausgangslage und des Verfahrens. Im Wesentlichen anzumerken ist, dass es innerhalb der Auflagefrist vom 29.12. bis 12.2. eine sehr lange Auflagefrist wegen der Feiertage zu insgesamt 41 Einwendungen gekommen ist. Im Wesentlichen zusammengefasst und gleichlautend auf die Baumasse bezogen und das was hier angrenzend an ein Wohngebiet im Osten angrenzend errichtet werden sollte. Diese Einwendungen bezogen sich im Wesentlichen darauf, dass der Erscheinungskörper der verschiedenen Gebäude, aber auch die Höhe und der Abstand zur derzeitigen Bebauung zu gering wären und die Höhe hier einzuschränken wäre. Die Stadtplanung hat sich sehr bemüht, und das darf ich durchaus hier hervorheben, im Einvernehmen mit den Einwendern hier eine wesentliche Reduktion der Baumassen zu bewerkstelligen, das ist auch gestern sehr ausführlich und eingehend diskutiert worden und deshalb darf ich im Namen des Ausschusses folgenden Antrag stellen: Der Gemeindeumweltausschuss und Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle den 13.08.0 Bebauungsplan Anton-Kleinoscheg-Straße bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie zweitens, das ist sehr wesentlich, die Einwendungserledigungen im Sinne des Gemeinderatsberichtes beschließen. Ich darf auch anführen, dass der Bezirksrat damit beschäftigt war und auch der Bezirksvorsteher gestern angehört wurde. Dankeschön.

Der Berichterstatter stellt namens des Gemeindeumweltausschusses und des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 13.08.0 Bebauungsplan Anton-Kleinoscheg-Straße, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie

2. die Einwendungserledigungen im Sinne dieses GR-Berichtes beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit angenommen (44 : 2).